

Gedanken zur Zeitgeschichte

von

Peter Haerting

Dieser inhaltsreiche Rückblick auf wesentliche Ereignisse und Entwicklungen in Deutschland – vor allem seit 1866 – wurde von dem gebürtigen Danziger Peter Haerting (1940 – 2014), Historiker und Romanist, 1995 bis 2008 unter dem Titel „Die Nachkriegs-Ordnung und die deutschen Rechte“ verfaßt. Der Beitrag ist von Wolfgang Hendlmeier leicht gekürzt und mit Zwischenüberschriften und einigen Anmerkungen versehen worden.

1. Die deutsche Ostsiedlung

Die Umerziehungs-Apostel der Nachkriegszeit haben – abgesehen von Ausnahmen und Übergangs-Phasen – alles getan, um das deutsche National-Bewußtsein zu zerstören. Dazu ist ihnen praktisch jedes Argument recht gewesen, das unter irgendeinem Aspekt Eindruck machen konnte: „...Die deutsche Einheit hat doch nur kurze Zeit bestanden“ ... „Die Deutschen haben nur vorübergehend im Osten gewohnt – vorher haben Slawen dort gelebt und jetzt wieder – wie gewonnen, so zerronnen“ ... „Kleinkariertes nationales Denken ist heute völlig fehl am Platz – Grenzen haben in einem vereinigt Europa keine Bedeutung mehr“ ... „Polen hat Anspruch auf sichere Grenzen.“ Letzteres wird in verblüffender Logik oft von denselben Leuten gesagt, die gleichzeitig die vorher genannten Ansichten vertreten. „Uns geht es doch hier gut – wer will denn noch in den deutschen Osten gehen?“ ... „Wir brauchen einen Verfassungs-Patriotismus statt des überholten Nationalbewußtseins oder gar Nationalismus.“ Letzterem gegenüber ist festzustellen, daß die Rechte und die Interessen des deutschen Volkes in territorialer Hinsicht überhaupt nichts mit der Staats- oder Regierungsform zu tun haben!

Natürlich können im Rahmen dieses Aufsatzes nur einige Bemerkungen zur Geschichte des deutschen Volkes, der deutschen Staaten und des deutschen Ostens gemacht werden. Das deutsche Volk und seine verschiedenen Stämme sind im Laufe des Mittelalters in einem „historischen Amalgamierungsprozeß“ (Prof. Hahlweg) entstanden. Deutschland ist wie Frankreich und Italien Erbe des Karolinger-Reiches, aber nicht nur. Die deutsche Ausdehnung in Ostmitteleuropa hatte teilweise einen militärischen Charakter, war überwiegend jedoch friedlich. Von einem aggressiven „deutschen Drang nach

Osten“, der angeblich friedliche Völker bedroht und unterdrückt haben soll, kann ernsthaft keine Rede sein. Man muß dies im historischen Zusammenhang bewerten. Teilweise hat es sich um die Missionierung heidnischer Völker gehandelt. Diese sind zwar gewaltsam unterworfen und christianisiert, aber nicht vertrieben oder ausgerottet worden. Im 13. Jahrhundert hat der Deutsche Ritterorden die heidnischen Prußen zwischen Weichsel und Memel besiegt und christianisiert, dann aber zu angemessenen Bedingungen in seinem neu gegründeten Staat nach eigenem Recht leben lassen.

Im Laufe der Jahrhunderte haben die baltischen Prußen sich dann mit den Deutschen vermischt und ihre Identität verloren. Das war aber nicht etwa das Ergebnis einer Zwangsassimilierung, sondern eines langen, harmonischen Zusammenlebens im selben Land. Zum Vergleich: Im 12. Jahrhundert hat England Irland unterworfen, das damals schon ein hochkultiviertes christliches Land war. Da die Iren sich jahrhundertlang dagegen gewehrt haben, die Bedingungen der englischen Fremdherrschaft zu akzeptieren, wurden Briten in Irland angesiedelt – die heutigen Protestanten in Nord-Irland. Als Großbritannien nach dem Ersten Weltkrieg schließlich den Freistaat Irland anerkennen mußte, hat es nicht nur das britisch-protestantische Belfast, sondern auch rein irisch-katholische Landgebiete behalten, aber gerade nur so viele, daß die protestantischen Briten die Mehrheit in Nord-Irland behielten. Die Geschichte der englischen Herrschaft über Irland ist die einer jahrhundertlangen brutalen Unterdrückung der Einheimischen.

Das genaue Gegenteil war die mittelalterliche deutsche Ostsiedlung. Durch diese sind die betroffenen Gebiete wirtschaftlich und kulturell zur Blüte gebracht worden – und zwar sowohl im Interesse der neuen deutschen Siedler als auch der Einheimischen. Slawische Fürsten haben Deutsche in ihr Land geholt, um es zu entwickeln. Der Erfolg hat allen genützt. Das Ergebnis der mittelalterlichen deutschen Ostsiedlung von etwa 1150 bis 1400 war, daß der geschlossene deutsche Siedlungsraum ungefähr verdoppelt wurde und daß die Bevölkerungsdichte im Osten auf das Fünffache stieg. Im 13. Jahrhundert sind im späteren Ostdeutschland zahlreiche Städte und Dörfer gegründet worden, die von Anfang an deutsch waren – sowohl im Hinblick auf die Bevölkerung als auch auf den Rechtsstatus. Abgesehen von manchen Kriegen, die in ihrer Art keineswegs ungewöhnlich waren, ist die deutsche Ostsiedlung im angeblich finsternen Mittelalter und später in der Neuzeit friedlich und entsprechend den üblichen oder besonders vereinbarten Rechts-Bedingungen verlaufen.

Jahrhunderte später haben die angeblich „zivilisierten“ Angelsachsen in Nordamerika und Australien die Ureinwohner fast ausgerottet und andere Länder überfallen und brutal unterdrückt, z. B. Mexiko, Hawaii, Kuba, Südafrika, Indien. Die deutschen Rechte auf die seit 1945 von Polen, Rußland, Litauen und der Tschechei besetzten Gebiete sind ganz klar zu beweisen, während die Polen und die Tschechen keineswegs die „armen Opfer deutscher Gewalt“ sind, als die sie heute oft hingestellt werden. Vielmehr haben sowohl die Polen als auch die Tschechen zwischen den beiden Weltkriegen alle Minderheiten in ihren viel zu großen Staaten brutal unterdrückt. Anstatt gerechte und

vernünftige Konsequenzen zu ziehen, haben die Siegermächte des Zweiten Weltkrieges lieber die deutschen Opfer bestraft.

2. Entscheidungen Otto von Bismarcks

Otto von Bismarck hat sich nicht nur durch die Reichsgründung, sondern z. B. auch durch die Sozial-Gesetze sehr große Verdienste erworben, aber er hat leider auch Schaden verursacht. Er hat einerseits oft viel diplomatisches Fingerspitzen-Gefühl bewiesen, andererseits aber auch mehrere grobe Fehler gemacht. Diese waren zu seiner Zeit schon klar zu erkennen – also nicht erst nachträglich. Österreich ist 1866 nach seiner Niederlage als künftiger Bündnis-Partner geschont worden. In dem Fall hat Bismarck staatsmännischen Weitblick bewiesen, in anderen Fällen nicht. Die Annexionen von 1866 waren nicht nur ungerecht, sondern schädlich, weil sie – insbesondere in Hannover – verständlichen Haß auf Preußen provoziert haben. Der französische Staatsmann Talleyrand (1754 – 1838) hätte dazu sicher gesagt: „C'est pire qu'un crime – c'est une faute!“ (Das ist schlimmer als ein Verbrechen – das ist ein Fehler!) Man hätte diese besiegten deutschen Staaten als gleichberechtigte Partner – nicht als unterworfenen preußische Provinzen – in das vereinte Deutschland aufnehmen können und müssen! Bismarck wollte auch noch das Königreich Sachsen annectieren, ist aber glücklicherweise am österreichischen Widerstand gescheitert.

Im Friedensvertrag mit Österreich war 1866 eine Volksabstimmung in Schleswig über einen eventuellen Anschluß an Dänemark vereinbart worden. Das hat Bismarck einfach ignoriert. Das Ergebnis wäre sicher im wesentlichen das gleiche gewesen wie 1920, aber man hätte die Grenzen des Abstimmungs-Gebietes etwas günstiger für Deutschland ziehen können. Vor allem wäre es gerecht gewesen. Der überwiegend von Dänen besiedelte nördliche Teil Schleswigs wäre Jahrzehnte früher mit dem Königreich vereinigt worden. Außerdem hätte man der dänischen Propaganda den Wind aus den Segeln genommen. Was 1866 nur teilweise vorauszusehen war, sehen Deutschlands Feinde als „die gerechte Strafe“ an: König Christian IX. von Dänemark (1863 – 1906, geb. 1818) ist der „Schwiegervater und Großvater Europas“ geworden. 1914 waren vier seiner Enkel Könige (in Dänemark, Norwegen und Griechenland in männlicher Linie), einer der russische Zar Nikolaus II. (1894 – 1917) und einer Herzog Ernst August von Braunschweig (1913 – 1918). Der britische König Georg V. (1910 – 1936) wäre sicher auch ohne den Einfluß seines Großvaters und seiner Mutter († 1925) Deutschlands Feind geworden. In Rußland war die Lage nicht so klar.

Dänemark und Frankreich hatten sich vor den Kriegen von 1864 bzw. 1870/71 selbst ins Unrecht gesetzt. Trotzdem hätte sich Deutschland nach den gewonnenen Kriegen geschickter verhalten können. Volksabstimmungen in Schleswig und im Elsaß hätten eine klare Antwort auf die offenen Fragen gegeben! Bismarck hat vom Spiel mit mehreren Kugeln (den europäischen Großmächten) gesprochen. Die deutsch-französische Feindschaft seit 1871 war jedoch ständig eine große Gefahr für das Deutsche Reich. Daher waren die außenpolitischen Möglichkeiten Deutschlands begrenzt. Die Prokla-

mation des Deutschen Kaisers 1871 in Versailles war eine unnötige Provokation! Frankreich hat sich 1919 mit dem Diktat von Versailles gerächt. Man sollte gewisse Gesten zwar nicht überschätzen, aber sie vergiften das Klima und erschweren die Verständigung.

Durch seinen instinktlosen Kulturkampf hat Bismarck die Feindschaft der Katholiken provoziert. Spätestens seit 1648 war es klar, daß Deutschland immer teils katholisch und teils evangelisch bleiben würde. Die Atmosphäre ist vergiftet worden. Die slawischen Katholiken im Osten Preußens – nicht nur die Polen, sondern auch die Kaschuben und die Oberschlesier – haben seit dem Kulturkampf die polnische Partei gewählt – statt des Zentrums. In Versailles sind die Wahlergebnisse Argumente für die polnischen Forderungen geworden!

Polen wird oft als unschuldiges Opfer seiner bösen Nachbarn dargestellt. Tatsächlich hat es jedoch vom 15. bis zum Ende des 18. Jahrhunderts deutsche, kaschubische, litauische, weißrussische und ukrainische Gebiete systematisch polonisiert. Das Gleiche hat sich zwischen den beiden Weltkriegen wiederholt – teilweise viel schlimmer. Die Alternative zu den polnischen Teilungen von 1772, 1793 und 1795 war nicht die Unabhängigkeit Polens, sondern die alleinige Herrschaft Rußlands! Im 18. Jahrhundert war die Adels-Republik unregierbar geworden. In der Politik werden das Chaos und das Vakuum immer nach kurzer Zeit durch eine neue Macht gefüllt (ein politisches wie physikalisches Gesetz). In der Zeit von 1815 bis 1914 war die Unabhängigkeit Polens unmöglich. Die Aufstände von 1830, 1848 und 1863 waren zwar berechtigt, aber aussichtslos.

3. Der Vertrag von Versailles und die Grenzänderungen 1938/39

Die Siegermächte des 1. Weltkriegs haben in verschiedenen Vororten von Paris Friedens-Verträge mit dem Deutschen Reich, Österreich, Ungarn, Bulgarien und der Türkei geschlossen bzw. ihre Bedingungen diktiert: mit Deutschland am 28. Juni 1919 in Versailles (in Kraft getreten am 10. Januar 1920), mit Österreich am 10. September 1919 in Saint-Germain (in Kraft getreten am 16. Juli 1920).

Durch den Vertrag von Versailles hat Deutschland große Gebiete verloren; in anderen haben 1920/21 Volksabstimmungen stattgefunden. Anschließend haben die Haupt-Siegermächte des Ersten Weltkrieges die Reichsgrenzen endgültig festgelegt. Das Ergebnis waren die – viel später von den Siegermächten des Zweiten Weltkrieges so genannten – Grenzen von 1937. Manche Gebiete mit deutscher Mehrheit wurden ohne Abstimmung von Deutschland abgetrennt, obwohl die Selbstbestimmung Grundlage des Waffenstillstands und der Friedens-Bedingungen war.

Das Deutsche Reich hatte seit Mai 1871 (Frieden von Frankfurt) eine Fläche von 541.265 km². Auf Grund des Vertrages von Versailles mußten davon insgesamt 70.571 km² abgetreten werden: Elsaß-Lothringen mit 14.522 km² an Frankreich, Nordschleswig mit 3.993 km² an Dänemark, Eupen-Malmedy mit 1.036 km² an Belgien sowie 51.020 km² vom Osten Preußens (siehe unten). (Anmerkung: Der Wunsch der Nationalversamm-

lung für Deutschösterreich, die deutschsprachigen Teile Österreichs und des Sudetenlandes an das Deutsche Reich anzuschließen, wurde durch die Siegermächte mißachtet.) Danach hat das Deutsche Reich eine Fläche von 470.694 km² behalten. Durch verschiedene Vermessungen ergeben sich kleine Differenzen der Flächen-Angaben.

Das Deutsche Reich mußte am 10. Januar 1920 oder – im Falle von Volksabstimmungen etwas – später vom Osten Preußens abtreten:

- 2.657 km² Memelgebiet *) mit einem besonderen Status
(später von Litauen annektiert),
- 1.914 km² Freie Stadt Danzig *) (7,5% der Provinz Westpreußen),
- 317 km² (Hultschiner Ländchen in Oberschlesien) an die Tschecho-Slowakei *),
- 46.132 km² an Polen, unterteilt nach preußischen Provinzen:
- 26.042 km² von Posen *) (ca. 90% dieser Provinz),
- 15.853 km² von Westpreußen **) (ca. 62% dieser Provinz),
- 501 km² von Ostpreußen (Soldauer Gebiet **) ,
- 512 km² von Niederschlesien *) , (vorher vereinigt in der
- 3.214 km² von Oberschlesien ***) Provinz Schlesien)

sowie minimale Teile der Provinzen Pommern und Brandenburg (ohne Volksabstimmung).

Flächenmäßig ungefähr die Hälfte der Abtretungen an Polen war gerechtfertigt (Anmerkung: Denn diese Gebiete waren mehrheitlich polnisch besiedelt). Die Provinz Posen hatte eine große polnische Mehrheit, aber auch überwiegend deutsche Teile.

Nach dem 2. Weltkrieg sind Österreich, das Sudetenland und das Memelgebiet vom Deutschen Reich abgetrennt worden, obwohl deren Anschluß 1938 bzw. im März 1939 durch völkerrechtlich gültige Verträge erfolgt war und in jedem Falle das Selbstbestimmungsrecht der angestammten Bevölkerung verwirklicht hatte. Annexionsmaßnahmen, die während eines Krieges durchgeführt werden, sind völkerrechtlich ungültig! Die Siegermächte haben das Deutsche Reich in seinen Grenzen von 1937 anerkannt, aber 114.296 km² (24,28%) seines Staatsgebietes von insgesamt 470.714 km² unter fremde Verwaltung gestellt:

unter russische Verwaltung,

- 13.205 km² das nördliche Ostpreußen, ohne das Memelgebiet

*) ohne Volksabstimmung

**) Volksabstimmung in einem Teilgebiet

***) nach einer Volksabstimmung

unter polnische Verwaltung

- 23.791 km² das südliche Ostpreußen (mit einem Teil Westpreußens),
- 31.301 km² den größten Teil Pommerns (mit einem Teil Westpreußens),
- 11.329 km² Ost-Brandenburg,
- 34.529 km² Schlesien und einen Teil der schlesischen Lausitz,
- 142 km² der östlichste Teil Sachsens,
- 101.091 km² insgesamt,

außerdem die Freie Stadt Danzig. Diese ist bis heute ein eigenes Völkerrechts-Subjekt geblieben, da weder die deutsche Annexion von 1939 noch die polnische von 1945 rechtlich gültig waren! Danzig war schon von 1454 – 1793 und von 1807 – 1814 eine Freie Stadt mit einem eigenen Landgebiet gewesen.

Die Bevölkerung Danzigs und der meisten Teile des Deutschen Reiches, die 1945 unter fremde Verwaltung gestellt worden sind, war seit Jahrhunderten zu mehr als 95% deutsch!

Die Oder-Neiße-Linie war niemals im Laufe der Geschichte eine Grenze – auch nicht teilweise. Sie ist nur die kürzest mögliche Grenzlinie zwischen Deutschland und Polen. Das Deutsche Reich in den Grenzen von 1937 hat eine Fläche von 470.714 km², die Bundesrepublik Deutschland 357.021 km²; das seit 1945 von Warschau aus regierte Land beträgt 322.500 km² – davon sind 103.005 km² von Polen verwaltetes fremdes Gebiet: der größte Teil Ostdeutschlands und die Freie Stadt Danzig. Die BRD hat ca. 80 Millionen Einwohner, das von Warschau regierte Land etwa die Hälfte!

Die Freie Stadt Danzig war von 1772 – 1793 und von 1807 – 1814 (während dieser Zeit unter dem Schutz der Könige von Preußen und Sachsen) durch die preußische Provinz Westpreußen von ihrem polnischen Hinterland getrennt. Nach dem 1. Weltkrieg hätte man die gleiche Lösung wählen können – mit international garantierten Transit-Verkehrswegen. Dadurch wären bestimmte Konflikte vermieden worden. Nach der Unterzeichnung des Versailler Vertrages haben der französische Marschall Foch und der südafrikanische General (und spätere Ministerpräsident) Smuts sofort gesagt, der nächste europäische Krieg werde in Danzig und im „polnischen Korridor“ beginnen. 20 Jahre später ist genau das geschehen!

Danzig wurde 1920 – zum dritten Mal in seiner Geschichte – Freie Stadt. Es gab durchaus geopolitische und wirtschaftliche Gründe dafür, aber die tatsächlichen Bedingungen und das böswillige Verhalten Polens haben eine konstruktive Zusammenarbeit zwischen dem Ostseehafen und seinem Hinterland unmöglich gemacht. Polen hat seine Sonderrechte dazu mißbraucht, der rein deutschen Stadt Danzig systematisch zu schaden. Darüber hinaus hat Polen in seinem – teils aufgrund des Versailler Vertrages geschaffenen und teils 1920/21 gewaltsam nach Osten erweiterten – Staatsgebiet alle Minderheiten brutal unterdrückt.

Im Gegensatz zu tendenziösen Behauptungen ist die nach 1945 festgelegte polnische Ostgrenze grundsätzlich gerecht gezogen – die angeblich polnischen Ostgebiete sind

überhaupt nicht mit den preußischen Ost-Provinzen zu vergleichen. Eine internationale Kommission unter dem Vorsitz des Briten Lord Curzon hatte ungefähr die jetzige Ostgrenze der Republik Polen schon kurz nach dem Ersten Weltkrieg als gerecht vorgeschlagen. Polen hat sich dann aber die Schwäche seines östlichen Nachbarn Litauen und der im Bürgerkrieg befindlichen Sowjetunion zunutze gemacht, um litauische, weißrussische und ukrainische Gebiete zu annektieren, die insgesamt nur eine polnische Minderheit hatten. Polen kann nicht einmal historische Gründe dafür geltend machen, da fast alle die genannten Gebiete das litauische Erbe der polnisch-litauischen Union seit dem 14. Jahrhundert waren.

Die Siegermächte des Ersten Weltkrieges haben der rein deutschen Bevölkerung Rest-Österreichs und des Sudetenlandes – im Gegensatz zum scheinheilig proklamierten „Selbstbestimmungsrecht“ – den Anschluß an das Deutsche Reich verboten. Erst im Frühjahr bzw. Herbst 1938 wurde es dann von Hitler durchgesetzt. Im März 1939 hat Litauen das Memelgebiet an das Deutsche Reich abgetreten. Damit wurde eine Grenze wiederhergestellt, die von mindestens 1422 bis 1920 unverändert bestanden hatte, und das Selbstbestimmungsrecht der angestammten Bevölkerung verwirklicht, die niemals eine Trennung vom übrigen Ostpreußen gewollt hatte. Was Horst Rudolf Übelacker hinsichtlich des Sudetenlandes sagt – „Nach dem Ersten Weltkrieg wurde völkerrechtlich zulässige Gewalt angewandt, um die Selbstbestimmung der Sudetendeutschen zu verhindern, 1938 dagegen, um diese zu verwirklichen.“ – gilt auch entsprechend für Österreich und das Memelgebiet.

Die durch den Versailler Vertrag in Westpreußen geschaffene Ordnung hat Polens Interessen einseitig bevorzugt. Trotzdem waren die Polen nicht zufrieden. Durch den Vertrag von Riga vom 18. März 1921 hat Polen eine Ostgrenze erhalten, die ca. 250 km ostwärts seiner Volkstumsgrenze lag. Ähnliche Wünsche hat es hinsichtlich Ostdeutschlands gehabt. In dem 1920 an Polen abgetretenen größten Teil der Provinz Posen haben 1910 mehr Einwohner mit deutscher Muttersprache gelebt als in ganz Westpreußen Einwohner mit nichtdeutscher Muttersprache: Polnisch oder Kaschubisch. Im Jahre 1910 hatte die Bevölkerung der Provinz Westpreußen einen Anteil von 64,5% Deutschsprachiger. In der Volksabstimmung vom 11. Juli 1920 in einem kleinen Teilgebiet Westpreußens haben 92,3% für Deutschland gestimmt, darunter auch ein Teil der polnischen Minderheit – unter Kontrolle der Siegermächte, die mehr Sympathien für Polen als für Deutschland hatten!

Im Laufe der Jahrhunderte hat es normalerweise eine Symbiose zwischen Danzig und Polen gegeben. Davon hat der deutsche Ostseehafen genauso profitiert wie das polnische Hinterland. Eine polnische Kontrolle Danzigs war völlig überflüssig! Von 1793 – 1807 und von 1815 – 1920 war Danzig eine preußische Provinz-Stadt – im 17. Jahrhundert dagegen eine der größten deutschen Städte und einer der wichtigsten Häfen im Norden und Osten Europas! Die Provinz Westpreußen ist als Hinterland zu klein, aber natürlich sind die Provinzen Westpreußen, Ostpreußen und auch Pommern für Danzig

sehr wichtig. Im Laufe der Jahrhunderte sind viele Einwohner der Stadt von dort gekommen.

Die nach dem 1. Weltkrieg im unteren Weichselland geschaffenen Bedingungen waren völlig unbefriedigend. Eine internationale Organisation – wie der Völkerbund – ist nicht zu einer wirksamen Kontrolle und Garantie einer gerechten Ordnung fähig. Diese Aufgabe können nur bestimmte europäische Staaten wahrnehmen. Normalerweise sind das in dieser Region vor allem Frankreich und Rußland.

Am 19./21. September 1938 ist die Abtretung des Sudetenlandes zwischen Frankreich und Großbritannien einerseits sowie der Tschecho-Slowakei andererseits vereinbart worden. Im Münchener Abkommen vom 29. September 1938 sind die Modalitäten dieser „Prager Abtretung“ von Deutschland, Frankreich, Großbritannien und Italien festgelegt worden. Das Münchener Abkommen ist am 30. September von der Tschecho-Slowakei angenommen, am 4. Oktober vom britischen Unterhaus mit 366 gegen 144 Stimmen und am 5. Oktober 1938 von der französischen Nationalversammlung mit 535 gegen 75 Stimmen gebilligt worden. Im Oktober ist das Sudetenland vom Deutschen Reich in Besitz genommen worden; die Grenzen sind im November 1938 endgültig festgelegt worden. Auf einer Fläche von 28.943 km² (fast so groß wie Belgien) waren über drei Millionen der Einwohner (ca. 90%) Deutsche. Diese waren sehr froh darüber, daß ihre Selbstbestimmung nun endlich – mit ca. 20 Jahren Verspätung – verwirklicht worden war. Nach dem 2. Weltkrieg haben Tschechen die Sudetendeutschen vertrieben, enteignet und viele ermordet. Später haben Politiker der BRD behauptet, daß Münchener Abkommen wäre ungültig.

Ende 1809 (bis 1814/15) hatten Preußen, Sachsen und Polen (Großherzogtum Warschau) ungefähr die gerechten Grenzen, die auch für die Zukunft wünschenswert sind. Die französischen Annexionen von 1810 (Nordwestdeutschland und die Niederlande) waren genauso ungerecht wie die preußischen von 1866.

4. Sturz der Monarchien im Jahre 1918

Die Monarchien sind im November 1918 nicht vom Volk gestürzt worden, sondern von aggressiven linksextremistischen Gruppen. Der Kaiser und die anderen Herrscher wollten keinen Bürgerkrieg riskieren. Außerdem hat die US-Regierung den Sturz der Monarchie zur Bedingung für den Frieden gemacht. Das Volk hat weder im Reich noch in den einzelnen Bundesstaaten über die Staatsform entschieden. Die Monarchie hätte wahrscheinlich die Machtergreifung der NSDAP verhindert, auf jeden Fall zumindest die totalitäre Diktatur. Grundsätzlich kann es innerhalb Deutschlands Monarchien und Republiken nebeneinander geben. In einer konstitutionellen Monarchie könnte der König, Großherzog, Herzog oder Fürst für eine unparteiische Justiz sorgen. Auch könnten endlich Konsequenzen aus den jährlichen Berichten der Rechnungshöfe gezogen werden, welche die regierenden „Demokraten“ bisher ganz dumm-dreist ignorie-

ren. Die fast allmächtige Kaste der Partei-Politiker sabotiert alle Maßnahmen, die für sie selbst von Nachteil sein könnten. Ein Monarch könnte auch wirklich unabhängige Kommissionen berufen, welche Streitfälle untersuchen oder Vorschläge für Reformen ausarbeiten. In der griechisch-römischen Antike haben etliche Philosophen (z.B. Cicero, 106 – 43 v. Chr.) die gemischte Verfassung mit Elementen der Monarchie, der Aristokratie und der Demokratie als ideal angesehen. Aristokratie muß nicht im engeren Sinne als Herrschaft des Adels verstanden werden – es kann sich um den qualifizierten Einfluß einer gewissen Elite handeln.

Die Rolle der Habsburger in der deutschen Geschichte ist von vielen Protestanten sehr ungerecht beurteilt worden. Die Habsburger haben nicht nur ihre Hausmacht, sondern auch Deutschland und Europa jahrhundertlang gegen die Türken verteidigt (1529 und 1683 türkische Belagerung Wiens). Kaiser Franz II. hat 1806 das Heilige Römische Reich deutscher Nation nicht leichtfertig aufgelöst, sondern weil es unter dem Druck Napoleons nicht mehr zu retten war. Es war legitim, daß der Habsburger 1804 die Anerkennung des französischen Kaiserreichs mit der Erhebung Österreichs zum Kaiserreich verbunden hat. Übrigens sind die Kurfürstentümer Sachsen und Brandenburg auch nach der Reformation trotz der verschiedenen Konfession normalerweise treue Verbündete der Habsburger geblieben. Als diese 1740 mit Kaiser Karl IV. in männlicher Linie ausgestorben waren, hat es ausnahmsweise ein einziges Mal die weibliche Thronfolge in Österreich gegeben. Eine regierende Kaiserin war jedoch völlig undenkbar. Daher ist Maria Theresias Gemahl Franz Stephan – erst Herzog von Lothringen, dann Großherzog von Toskana – als Franz I. zum Kaiser gewählt worden (1745 – 65). Auch im Königreich Frankreich hat es niemals eine weibliche Thronfolge gegeben. In fast allen deutschen Monarchien war das ebenfalls immer ausgeschlossen!

5. Kriegsschuldvorwurf und Vertreibung der Deutschen nach 1945

Am 8. Mai 1945 hat die deutsche Wehrmacht kapituliert. „Anschließend haben die Siegermächte des Zweiten Weltkrieges ihren Kampf gegen Deutschland mit anderen Mitteln weitergeführt“ (Prof. Dr. Werner Hahlweg, 1912 – 1989, Westfälische Wilhelms-Universität Münster) – wie nach Clausewitz „der Krieg die Fortsetzung der Politik mit anderen Mitteln“ ist.

Die Siegermächte haben die deutsche Staatsgewalt vollständig ausgeschaltet und diese in ihren Besatzungszonen selbst übernommen oder aber – ohne die geringste Berechtigung – anderen Staaten übergeben. Die angestammte Bevölkerung der preußischen Ost-Provinzen, des Sudetenlandes und anderer Teile Mitteleuropas wurde in barbarischer Weise aus ihrer Heimat vertrieben – ein Verbrechen, für das es nicht die geringste Rechtfertigung gibt!

Verantwortlich dafür waren keineswegs nur die Rote Armee, die Polen und Tschechen, sondern auch Großbritannien und die USA, die angeblich die Menschenrechte verteidigen wollten. Entgegen dem Völkerrecht wurde das Deutsche Reich nicht in seinen

Grenzen vom 31. August 1939 – also den unmittelbar vor Kriegsbeginn international anerkannten – sondern in denen vom 31. Dezember 1937, einem Phantasie-Datum der Siegermächte, als Völkerrechts-Subjekt anerkannt. Der Anschluß Österreichs (Frühjahr 1938), des Sudetenlandes (Oktober 1938) und des Memelgebietes (März 1939) wurde willkürlich rückgängig gemacht.

Nachdem schon durch den verbrecherischen Bombenkrieg der Angelsachsen gegen die deutsche Zivil-Bevölkerung und durch die Verteilung massenweise Deutsche ermordet worden waren, denen man ernsthaft keinerlei „Schuld“ vorwerfen konnte, wurden auch noch nach Kriegsende deutsche Kriegsgefangene nicht „nur“ von der Sowjetunion, sondern auch von den Westmächten schikaniert und umgebracht. Weiterhin wurde öffentliches und privates Eigentum von großem Wert gestohlen.

Das Nürnberger „Kriegsverbrecher-Tribunal“ war eine Karikatur der Justiz. Es wäre allerdings völlig falsch, als Reaktion auf die Lügen der Siegermächte zu behaupten, auf deutscher Seite hätte es keine wesentliche Schuld gegeben. In jedem einzelnen Falle muß nach bestem Wissen und Gewissen geprüft werden, welche Verbrechen begangen worden sind und wer dafür verantwortlich gewesen ist. In keinem Falle kann jedoch von irgendeinem Staat oder Volk verlangt werden, für bewiesene Verbrechen seiner Führung Staatsgebiet abzutreten oder seine wirtschaftliche Existenz zu gefährden. Ein eventuell in Betracht kommender Schadenersatz muß klare Grenzen haben. Eine Kollektiv-Schuld gibt es nicht. Für jeden rechtschaffenen Menschen versteht es sich von selbst, daß „Schuld“ und „Sühne“ nichts mit Sieg oder Niederlage zu tun haben. Nach dem Völkerrecht dürfen Besatzungsmächte nur solche Maßnahmen treffen, die unbedingt notwendig sind, um Sicherheit und Ordnung in dem besetzten Gebiet aufrechtzuerhalten. Auf keinen Fall dürfen sie Gebietsteile anektieren, verleihen oder verschenken, die Bevölkerung vertreiben oder enteignen, Fremde ansiedeln oder die Rechtsordnung ändern. Zwar dürfen sie „vorübergehend Gebäude oder anderes beschlagnahmen“, aber nicht enteignen. Aus widerrechtlichen Maßnahmen kann kein „Gewohnheitsrecht“ entstehen – außer, wenn sehr, sehr lange niemand protestiert und schließlich die Ansprüche verjähren oder verwirkt werden.

Was Kriegsschuld, Kriebsverbrechen, NS-Verbrechen, „Schuld“, „Kollektivscham“ angeht, gibt es genug klare, allgemein anerkannte Regeln sowohl in juristischer als auch in historischer Hinsicht: Jeder Vorwurf muß bewiesen werden! Und nicht der Angeklagte hat die Beweislast, sondern der Ankläger.

6. Die staatsrechtliche Lage Deutschlands nach 1945

Die Siegermächte von 1945 haben wenigstens das Deutsche Reich „in den Grenzen von 1937“ anerkannt. Ohne die geringste juristische, historische, ethnische, moralische oder sonstige Berechtigung haben sie aber die jenseits der Oder und der Lausitzer Neiße gelegenen preußischen Ost-Provinzen sowie die Freie Stadt Danzig unter polnische bzw. russische Verwaltung gestellt und deren deutsche Bevölkerung zum größten Teil

vertrieben oder ermordet. Der Rest Deutschlands wurde in vier Besatzungszonen eingeteilt. Völlig willkürlich haben die Besatzungsmächte auch die deutschen Bundesstaaten verändert und Preußen 1947 aufgelöst. Heute bestreitet niemand mehr, daß die DDR und ihre Bezirke niemals eine Existenz-Berechtigung gehabt haben. Das gilt aber nicht nur für diese, sondern auch für alle anderen Kunstprodukte der willkürlichen Besatzungsherrschaft.

Es ist zwar allgemein bekannt, wird aber trotzdem in seiner politischen, rechtlichen und moralischen Bedeutung unterschätzt, daß allein die Besatzungsmächte ab 1945 die gesamte Macht in Deutschland ausgeübt und ihre Mittelsmänner auf allen staatlichen Verwaltungsebenen, im Rundfunk, in der Presse (Lizenzen) und in der Wirtschaft eingesetzt haben. Die von den westlichen Besatzungsmächten ausgewählten Personen, die das Grundgesetz der BRD ausgearbeitet haben, sind nicht vom deutschen Volk legitimiert worden. Trotzdem haben sie an wesentlichen Grundsätzen festgehalten, die bis dahin als selbstverständlich angesehen worden sind. Die BRD wurde nicht als „Rechts-Nachfolgerin“ des Deutschen Reiches konzipiert, sondern nur als Übergangslösung. Wie das Bundesverfassungsgericht in den Siebziger Jahren aus gegebenem Anlaß festgestellt hat, ist das „Deutsche Reich nicht untergegangen, sondern nur mangels staatlicher Organisation (selbst) nicht handlungsfähig.“ Die BRD ist kein neu gegründeter Staat, sondern mit dem Deutschen Reich identisch, in territorialer Hinsicht allerdings nur teilweise.

Durch den Beitritt der DDR zur BRD am 3. Oktober 1990 ist ein überflüssiges Kunstprodukt verschwunden, das niemals eine Existenz-Berechtigung hatte – im Gegensatz zu den jahrzehntelangen Behauptungen vieler Politiker, „Intellektueller“ usw. der BRD. Die Einheit Deutschlands ist damit aber keineswegs vollendet worden. Keiner der Vertreter irgendeines Staates hatte während der sogenannten „2+4-Verhandlungen“ im Jahre 1990 das Recht, über das Schicksal des Deutschen Reiches oder das der preußischen Ost-Provinzen zu entscheiden. Die „westlichen Freunde“ Deutschlands haben die Bundesregierung gezwungen, die Oder-Neiße-Linie als Ostgrenze der BRD zu akzeptieren, denn sonst hätten diese „Verbündeten“ den Beitritt der DDR sabotiert, obwohl sie sich schon in den Fünfziger Jahren verpflichtet hatten, die Wiedervereinigung Deutschlands zu unterstützen (Deutschland-Vertrag). Immerhin haben – im Gegensatz zu früheren Behauptungen – sowohl die Siegermächte als auch Polen bei dieser Gelegenheit anerkannt, daß bis 1990 die Oder-Neiße-Linie noch nicht die Westgrenze der Republik Polen war! Andernfalls wäre eine Grenzankennung wohl kaum gefordert worden. Falls im Sinne des Völkerrechts eine Verjährung oder Verwirkung in Betracht kommen sollte, könnte diese also frühestens 1990 – und nicht etwa 1945 – beginnen.

An dieser Stelle muß betont werden, daß eine eventuelle – wie auch immer begründete – Verantwortlichkeit für eine deutsche Schuld nichts, aber auch gar nichts mit den Rechten des deutschen Volkes und denen des Deutschen Reiches und seiner Bundesstaaten zu tun hat. In einem Bundesstaat haben sowohl der Gesamtstaat als auch die Einzelstaaten Staats-Charakter (es gibt also zwei Ebenen). Die „territoriale Integrität“

(= Unverletzbarkeit des Staatsgebiets), die international anerkannt ist, sie steht also dem Deutschen Reich und dem Freistaat Preußen zu, wenn es um die Frage der jenseits der Oder-Neiße-Linie gelegenen preußischen Ost-Provinzen geht.

Völlig unabhängig davon ist das „Selbstbestimmungsrecht der Völker“. Für jeden denkenden Menschen ist klar, daß allein die angestammte Bevölkerung das Recht haben kann, in freier Selbstbestimmung über das Schicksal eines Gebietes zu entscheiden, auf gar keinen Fall aber irgendwelche Personen, die von einer fremden Macht ohne Berechtigung dort angesiedelt worden sind. Nur im Falle des Sudetenlandes kann man einen Gegensatz zwischen den beiden Rechten auf „territoriale Integrität“ Böhmens und Mährens (= Tschechische Republik) einerseits und auf „Selbstbestimmung“ der angestammten sudetendeutschen Bevölkerung andererseits sehen. Natürlich ist dabei zu berücksichtigen, daß diese seit dem Mittelalter – schon lange vor der Entdeckung Amerikas durch Kolumbus 1492 – in einem geschlossen deutschen Gebiet gelebt hat und daß dieses direkt an die deutschen Länder Österreich, Bayern, Sachsen und Schlesien angrenzt.

Der jetzige deutsche Gesamtstaat ist weder 1949 noch 1990 begründet worden, sondern 1867 als Norddeutscher Bund, 1871 erweitert zum Deutschen Reich. Nachdem das „Heilige Römische Reich Deutscher Nation“ 1806 untergegangen war, ist 1815 der Deutsche Bund als Staatenbund gegründet worden. Trotz seiner Mängel hat er eine gewisse deutsche Solidarität gesichert, wenn auch das Herzogtum Schleswig und die preußischen Provinzen Ostpreußen, Westpreußen und Posen außerhalb seiner Grenzen lagen. Durch die Auflösung des Deutschen Bundes im Jahre 1866 sind Österreich, Luxemburg und Liechtenstein aus der deutschen Staaten-Gemeinschaft ausgeschieden. Der Norddeutsche Bund ist von den Königreichen Preußen und Sachsen sowie 20 weiteren deutschen Staaten gegründet worden – das Großherzogtum Hessen gehörte allerdings nur teilweise dazu (Oberhessen).

Während des Deutsch-Französischen Krieges 1870/71 ist der Norddeutsche Bund am 1. Januar 1871 durch den Beitritt der Königreiche Bayern und Württemberg sowie der Großherzogtümer Baden und Hessen (südliche Teile) zum Deutschen Reich erweitert worden. (Proklamation des Deutschen Kaisers am 18. Januar 1871). Staatsorgane waren der Deutsche Kaiser als Staatsoberhaupt, der Reichskanzler mit Regierung, der Bundesrat als Vertretung aller Bundesstaaten, der Reichstag als Vertretung des Volkes – dieser wurde in allgemeiner, gleicher, direkter und geheimer Wahl gewählt. Das Reich und die meisten Bundesstaaten waren Erbmonarchien; außerdem gab es die drei Stadtrepubliken Bremen, Hamburg und Lübeck. Das im Mai 1871 von Frankreich abgetretene Elsaß-Lothringen erhielt einen besonderen Status als „Reichsland“. Im November 1918 wurde die Monarchie gestürzt – gegen den Willen der Mehrheit der Deutschen.

7. Wo liegen die „gerechten“ deutschen Ostgrenzen?

Die Grenzen des Vertrages von Versailles, später die „Grenzen von 1937“ genannt, stellen das absolute Minimum dessen dar, was das deutsche Volk beanspruchen kann.

Bekanntlich haben die Siegermächte des Ersten Weltkrieges jeden Vorwand benutzt, um Deutschland zu schaden. Sie haben auch Gebiete mit großer deutscher Mehrheit ohne Volksabstimmung abgetrennt, die unmittelbar an das verbleibende Reichsgebiet und/oder an ein Abstimmungsgebiet angrenzten (z. B. Graudenz/Westpreußen). Wenn aber ein Gebiet selbst nach dem Vertrag von Versailles bei Deutschland verblieben ist, kann es nicht den geringsten Zweifel an den deutschen Rechten geben. Die klare Konsequenz kann nur sein: Rückgabe der geraubten Gebiete!

Alle Deutschen haben das Recht, sich in Ostdeutschland anzusiedeln. Falls sich die Rückgabe des Staatsgebietes verzögert, berechtigt das die Polen und alle anderen keineswegs, auch die Rückgabe des Privat-Eigentums zu verzögern. Das Recht auf Natural-Restitution, das heißt Rückgabe statt Entschädigung, gilt sowohl im öffentlichen als auch im privaten Bereich.

Die gerechten deutschen Ostgrenzen liegen zwischen denen von 1914 und denen von August 1939. Eine der wenigen positiven Maßnahmen der DDR war die Einführung der Zweisprachigkeit in der Lausitz. Wie dort Deutsch und Sorbisch könnten z. B. auch im Memelgebiet Deutsch und Litauisch gleichberechtigt Amtssprachen werden.

Innerhalb der Minimal-Grenzen des Deutschen Reiches von 1937 umfassen die ostwärts von Oder und Lausitzer Neiße gelegenen Teile Preußens rund ein Viertel. Was zählt, ist aber keineswegs nur die Größe, sondern auch die Lage. Nicht nur in militärischer, sondern auch in wirtschaftlicher, kultureller, allgemein-politischer Hinsicht hat diese eine strategische Bedeutung. Die Perspektive der deutschen Politik wird nur mit Hilfe des deutschen Ostens wirklich europäisch – die BRD, die nicht einmal den mittleren Teil Deutschlands wirklich zur Kenntnis nimmt, bleibt ohne Ostdeutschland ein amputierter Satelliten-Staat unter fremdem Einfluß.

Die Forderung General de Gaulles (1890-1970), daß ein „europäisches Europa“ – organisiert als Staatenbund (aber auf keinen Fall als Bundesstaat) – als „Europa der Vaterländer“ die wahren Interessen der Europäer vertreten und die Vorherrschaft der USA beseitigen müsse, kann von jedem deutschen Patrioten nur unterstützt werden.

8. Die deutschen Länder

Nach dem Deutschen Krieg hat Preußen 1866 die folgenden Staaten annektiert: die Herzogtümer Schleswig und Holstein, das Königreich Hannover, das Kurfürstentum Hessen-Kassel (Kurhessen), das Herzogtum Nassau (Hauptstadt Wiesbaden) und die Freie Reichsstadt Frankfurt am Main, außerdem Teile anderer Staaten. 1867 ist der Norddeutsche Bund von den folgenden Staaten gegründet worden: den Königreichen Preußen und Sachsen, den Großherzogtümern Sachsen-Weimar-Eisenach, Mecklenburg-Schwerin und -Strelitz, Oldenburg, Hessen (nur nördlich des Mains), den Herzogtümern Anhalt (Hauptstadt Dessau), Braunschweig, Sachsen-Altenburg, Sachsen-Coburg-Gotha und Sachsen-Meiningen, den Fürstentümern Lippe, Schaumburg-Lippe,

Waldeck, Reuß ältere und jüngere Linie, Schwarzburg-Rudolstadt und -Sondershausen sowie den drei freien Städten Lübeck, Hamburg und Bremen. Durch die Vereinigung des Norddeutschen Bundes mit den Königreichen Bayern und Württemberg, dem Großherzogtum Baden und den südlichen Teilen des Großherzogtums Hessen (Starkenburger und Rheinhessen) ist am 1. Januar 1871 das Deutsche Reich gegründet worden (Proklamation des Deutschen Kaisers am 18. Januar 1871). Dieses hat aus 25 Bundesstaaten bestanden: 4 Königreichen, 6 Großherzogtümern, 5 Herzogtümern, 7 Fürstentümern und drei Freien Reichsstädten. Nach dem Deutsch-Französischen Krieg ist im Mai 1871 auf Grund des Friedens von Frankfurt das Reichsland Elsaß-Lothringen hinzugekommen.

Nach den Erfahrungen der eigentlichen deutschen Geschichte seit dem 10. Jahrhundert ist der Föderalismus die ideale Staatsordnung für Deutschland. Die wichtigsten gemeinsamen Interessen werden vom Reich vertreten, aber die einzelnen Bundesstaaten haben auch eine wesentliche Funktion. Der Partikularismus (Dominanz der Einzelinteressen) hat Deutschland in früheren Jahrhunderten sehr geschadet. Andererseits hat ebenso der Zentralismus anderer Staaten erhebliche Nachteile. Das wird jetzt auch in Frankreich, Spanien und Italien anerkannt. Die deutsche Kultur hat in vielen Ländern wichtige Zentren gehabt, aber auch in der Wirtschaft und in anderen Bereichen kann vieles besser auf einer mittleren Ebene entschieden werden als in der Reichshauptstadt. Die Menschen identifizieren sich mit den historisch gewachsenen Ländern. Das schadet den gemeinsamen deutschen Interessen keineswegs.

Die Größe der deutschen Länder war schon vor tausend Jahren verschieden. Eine „ideale Größe“ gibt es nicht – im Gegensatz zu den Behauptungen materialistischer Technokraten. Diesen fehlt das Verständnis für Heimat, historisch gewachsene Strukturen und traditionelle Werte. Die seelenlosen Konstruktionen dieser Leute erinnern an die seelenlose Architektur unserer Zeit. Tatsächlich ist es jedoch notwendig, daß sich die Menschen mit ihrer Heimat, ihrer Umgebung, ihrem Staat identifizieren. Im Jahre 1990 wollten die Technokraten verhindern, daß die früheren Länder in der ehemaligen DDR wiederhergestellt werden. Die DDR sollte in drei Kunst-Staaten gleicher Größe aufgeteilt werden. Das Volk hat diese Ideologie jedoch klar abgelehnt. Die historisch gewachsenen Staaten sind zumindest teilweise wiederhergestellt worden.

Wenn Luxemburg und Liechtenstein als souveräne Staaten außerhalb eines Bundesstaates existieren können, warum soll das nicht für kleine Länder innerhalb Deutschlands möglich sein? Diese müssen sich allerdings selbst regieren und verwalten können. Das war in Waldeck zumindest zeitweise nicht möglich. Der Finanz-Ausgleich zwischen reicheren und ärmeren deutschen Gebieten kann genauso gut auf der Ebene des Gesamt-Staates (Bund oder Reich) stattfinden wie innerhalb der einzelnen Bundesstaaten. Also müssen diese nicht die gleiche Wirtschaftskraft haben. Nach dem 2. Weltkrieg haben die Besatzungsmächte in Deutschland willkürlich einige Kunst-Staaten wie z. B. Nordrhein-Westfalen und Rheinland-Pfalz geschaffen. Jetzt wundern sich die „demokratischen“ Politiker, daß sich die Bevölkerung nicht mit ihnen identifiziert. Die Versu-

che, alte deutsche Länder – wie Oldenburg und Schaumburg-Lippe – wiederherzustellen, sind von den Partei-Politikern systematisch sabotiert worden – ebenso wie die Aufteilung von Rheinland-Pfalz.

Preußen war nicht erst seit den Annexionen von 1866 viel zu groß, sondern schon seit 1815. Solange es die deutsche Einheit nicht gab, hatte es jedoch als Machtfaktor in Europa eine wesentliche Funktion. Diese ist 1871 auf das Deutsche Reich übergegangen. Nach dem Frieden von Tilsit 1807 hatte Preußen ungefähr die richtige Form. Außerdem sollten noch die Altmark, Magdeburg und Vorpommern hinzugefügt werden, aber nicht viel mehr.

Es war richtig, nach dem 2. Weltkrieg die Annexionen von 1866 rückgängig zu machen, z.B. Schleswig-Holstein wiederherzustellen. Auch die Vereinigung der Welfen-Länder Braunschweig und Hannover ist eine gute Lösung – aber ohne Oldenburg und Schaumburg-Lippe. Dieses sollte um den früher hessischen Teil der alten Grafschaft Schaumburg (Rinteln und Umgebung) erweitert werden. Wahrscheinlich ist auch die Vereinigung der Provinz Hessen-Nassau mit Hessen-Darmstadt zu Groß-Hessen eine gute Lösung. Es fehlen natürlich noch die an Rheinland-Pfalz gegebenen Teile. Vielleicht ist ein Bundesstaat Pfalz (Kurpfalz, Rheinpfalz) mit dem Saarland wünschenswert. Sachsen-Anhalt ist aufzuteilen unter Anhalt (mit Aschersleben und Barby), Sachsen, Preußen und Hannover-Braunschweig. Baden-Württemberg ist wieder aufzuteilen in Württemberg, Baden und Hohenzollern. Im Westen wäre die normale Lösung gewesen, die preußischen Provinzen Rheinland und Westfalen zu eigenen Bundesstaaten zu machen. Der willkürlich konstruierte Kunst-Staat NRW schadet den Interessen Westfalens und bevorzugt systematisch die Region Düsseldorf-Köln!

Das Prinzip der Subsidiarität gilt sowohl für die Politik als auch für die Wirtschaft: Auf der höheren Ebene soll nur das entschieden werden, was in seiner Dimension den Rahmen der niedrigeren sprengt. Daher der Föderalismus, die Selbstverwaltung der Gemeinden, die große Bedeutung der kleinen und mittleren Wirtschafts-Unternehmen. Das ist auf jeden Fall menschlicher als die Entscheidung im Großraum, die fast notwendigerweise zur Diktatur gewisser Kreise im Staat und in der Wirtschaft führt, die meistens keine Elite im wahren Sinne des Wortes sind!

Die Mehrheit der Österreicher hat zwischen beiden Weltkriegen den Anschluß an das Deutsche Reich gewünscht. Nach dem 2. Weltkrieg haben sehr viele ihre Meinung geändert.

9. Die Rolle der angelsächsischen Länder

England hat seit Jahrhunderten immer von den Gegensätzen der kontinental-europäischen Mächte profitiert. Es hat grundsätzlich eine Koalition gegen die jeweils stärkste Macht (Spanien, Frankreich, Deutschland) unterstützt: das Gleichgewicht der Mächte. Nach dem 1. Weltkrieg hat es versucht, die Macht seines Verbündeten Frank-

reich zu schwächen. Darum hat es teilweise Deutschlands Forderungen unterstützt. Da Polen ein enger Verbündeter Frankreichs war, wollte England es nicht zu stark werden lassen! Ende der 1930er Jahre haben Frankreich und England zeitweise versucht, sich mit Deutschland zu arrangieren, und sie haben im September 1938 die Abtretung des Sudetenlandes an Deutschland aktiv unterstützt. Das Motiv war sicher weniger ein schlechtes Gewissen und ein guter Wille als die Machtpolitik. Die Sowjet-Union war sehr stark geworden; Deutschland hatte seine Schwäche-Phase überwunden; Frankreich und Großbritannien waren nicht gut gerüstet; ihr Gläubiger USA hatte seine Macht verstärkt. In der Zeit hatte Winston Churchill (1874 – 1965) noch keinen Einfluß. Für diesen – wie auch später für seine Nachfolgerin Margaret Thatcher – war der Haß auf Deutschland eines der wichtigsten außenpolitischen Motive. Bundeskanzler Helmut Kohl ist jedoch voller Ehrfurcht vor dem „großen Europäer“ zu dessen Grab gepilgert.

In den USA hat die Mehrheit der Bevölkerung kein Interesse an Europa und an Außenpolitik gehabt wie auch den Krieg abgelehnt. Die führenden Politiker haben jedoch systematisch die Einmischung in beide Weltkriege vorbereitet. Sie haben Frankreich und Großbritannien durch hohe Darlehen von sich abhängig gemacht und sich dann selbst direkt beteiligt. Ohne die Einmischung der USA hätte es 1918 einen Verständigungs-Frieden gegeben! Nachdem Rußland ausgeschieden war, gab es ein Gleichgewicht von erschöpften Gegnern. Die Hauptlast des Krieges hatten Deutschland und Frankreich getragen – der größte Gewinner waren die USA! Diese haben durch ein zusätzliches kleines Gewicht neben großen und mittleren die Waagschale der Westmächte etwas schwerer werden lassen als die der Mittelmächte. Im 2. Weltkrieg war es ähnlich. Da politische Intelligenz unter den Deutschen sehr selten ist, glauben viele, sie müßten den USA dankbar sein!

Niemals wieder dürfen die Angelsachsen Einfluß auf dem europäischen Kontinent gewinnen. Das größte Unglück Europas ist durch die Einmischung der USA in die beiden Weltkriege verursacht worden! Ein Bündnis europäischer Staaten mit den USA bedeutet immer einseitige Abhängigkeit! Dagegen ist die Zusammenarbeit der Staaten Kern-Europas eine ehrliche Partnerschaft auf der gleichen Ebene. Die angelsächsischen Regierungen mischen sich ständig in die Angelegenheiten anderer ein – wie eine böse Schwiegermutter („Es kann der Frömmste nicht in Frieden leben, wenn's dem bösen Nachbarn nicht gefällt“)! Sie reden immer von „Menschenrechten“, aber das ist nur ein Vorwand (reine Heuchelei), um Öl wie auch andere Rohstoffe zu kontrollieren und dann anderen ihre Bedingungen zu diktieren. In Südafrika ist vor Jahrzehnten gesagt worden: „Wer die Angelsachsen zu Freunden hat, der braucht keine Feinde mehr.“

Die angelsächsischen Staaten wollen angeblich überall die Menschenrechte und die Demokratie durchsetzen. Am Ende des 1. Weltkrieges hat der US-Präsident Wilson in seinen „14 Punkten“ das „Selbstbestimmungsrecht der Völker“ gefordert. Seit Jahrzehnten werden im Namen dieser Ideale immer wieder Kriege geführt. Alle US-Regierungen finden es jedoch normal, daß die türkische Regierung die Kurden unterdrückt – die typische Scheinheiligkeit der Angelsachsen! Die Türkei hätte das Recht, ihr Staatsgebiet

zu verteidigen und „Terroristen“ zu bekämpfen. Tatsächlich haben die Kurden schon Jahrtausende vor den Türken in dieser Region gelebt! Die Türken haben

- die Armenier, die ebenfalls seit Jahrtausenden in der Region gelebt hatten. teils ermordet, teils vertrieben,
- die Griechen 1922 aus Kleinasien vertrieben, wo sie seit drei Jahrtausenden gelebt hatten,
- die Kurden seit Jahrhunderten systematisch unterdrückt und massakriert.

Keine US-Regierung sieht darin ein Problem, denn sie muß sich darauf konzentrieren, „Schurken-Staaten“ zu bekämpfen! Dazu braucht sie ihren treuen Verbündeten Türkei. Der am 10. August 1920 in Sèvres mit der Türkei geschlossene Friedens-Vertrag war im Gegensatz zu den anderen ziemlich gerecht – abgesehen von der Kurden-Frage. Er ist jedoch nicht in Kraft getreten.

Die US-Politiker mischen sich immer wieder in die inneren Angelegenheiten anderer Staaten ein, wenn das ihren eigenen Interessen dient. Andererseits arbeiten sie ohne Skrupel mit brutalen Diktatoren zusammen, wenn diese Freunde der USA sind. Immer wieder stellt man fest, daß die Führungs-„Elite“ der USA im allgemeinen völlig ungebildet ist und sehr wenig über die Länder weiß, über die sie urteilen und entscheiden will. Der US-Präsident Wilson wollte nach dem 1. Weltkrieg eine neue Ordnung in Europa einführen. Er soll der Meinung gewesen sein, Danzig wäre eine urpolnische Stadt an der Adria. Mit der dümmlichen Arroganz der ungebildeten Neureichen wollen viele US-Amerikaner alte europäische und asiatische Kultur-Völker belehren und ihnen Vorschriften machen!

In Italien hat Mussolini in den 1920er und 30er Jahren die Macht der Mafia gebrochen! Deren Führer saßen im Gefängnis oder waren in die USA ausgewandert. Diese haben 1943 bei ihrer Landung in Italien die Mafia-Bosse zurückgebracht und als „Opfer des Faschismus“ rehabilitiert! In der 1946 gegründeten demokratischen Republik Italien hat die Mafia ihre alte Macht zurückerhalten. Ein anderer „Erfolg“ dieses Systems ist die allgemeine Korruption, die noch schlimmer ist als in der BRD. Die Republik Italien ist immer ein unterwürfiger Satellit der USA geblieben.

Die USA haben als einziges Land der Welt die Atombombe benutzt und im August 1945 in Hiroshima und Nagasaki sehr viele japanische Zivilisten sofort ermordet oder tödlich verletzt – das schlimmste Kriegsverbrechen der Weltgeschichte! Angeblich wären dadurch der Krieg verkürzt und viele weitere Opfer vermieden worden. Tatsächlich hatte die US-Regierung jedoch das japanische Kapitulations-Angebot ignoriert, damit der Krieg nicht zu früh beendet würde! Die Entwicklung der neuen Waffe sollte erst beendet werden, damit man der ganzen Welt die US-amerikanische Macht demonstrieren konnte! Der verantwortliche Präsident Truman ist später wiedergewählt worden. In ihrer selbstgerechten Arroganz wollen alle Präsidenten und Regierungen der USA verhindern, daß andere Staaten die Atombombe erhalten, weil das eine „Gefahr für den Weltfrieden“ wäre!

Die Vereinten Nationen und vor allem die angelsächsischen Regierungen haben es zum Dogma gemacht, daß in Afrika die Grenzen der Kolonialzeit nicht geändert werden dürfen. Diese sind in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts mit dem Lineal auf der Landkarte gezogen worden. Einerseits wird das Siedlungsgebiet vieler Völker zerschnitten – andererseits sind völlig fremde, oft verfeindete Völker willkürlich in Kunst-Staaten vereinigt worden. Der „große Vorteil“ für die USA und andere Staaten: Es gibt immer wieder Kriege – und man kann beiden Seiten Waffen verkaufen (der militärisch-industrielle Komplex)!

Es gibt überhaupt keine Rechtfertigung für eine allgemeine Weltordnung und für „Weltmächte“. Die natürliche Ordnung sind die Groß-Regionen: Der europäische Kontinent, verschiedene Teile Asiens, der Mittelmeer-Raum, der größte Teil Afrikas, Ostasien mit dem pazifischen Raum, Nordamerika, Lateinamerika. Es ist nicht immer alles klar abzugrenzen. Auf keinen Fall gibt es gemeinsame Interessen der beiderseits des Nord-Atlantik gelegenen Staaten! China und Japan haben im 19. und 20. Jahrhundert die schlechtesten Erfahrungen mit den Angelsachsen gemacht – genau wie die lateinamerikanischen Staaten!

England hat 1704 im Spanischen Erbfolge-Krieg Gibraltar erobert und 1713 im Frieden von Utrecht erworben. Da die spanische Bevölkerung nicht unter englischer Herrschaft leben wollte, hat sie ihre Heimat verlassen und sich in der Nähe angesiedelt. Im Jahre 1967 hat die unter britischer Herrschaft angesiedelte neue Bevölkerung in einer Volksabstimmung mit großer Mehrheit gegen den Anschluß an Spanien und für die Beibehaltung des Status einer britischen Kron-Kolonie gestimmt. Die Vereinten Nationen haben jedoch entschieden, daß diese Volksabstimmung ungültig sei, weil die im Laufe der Zeit an Stelle der früheren spanischen Bewohner angesiedelten Leute nicht berechtigt seien, über den Status Gibaltars zu entscheiden. Spanien macht sowohl sein Recht auf die territoriale Integrität als auch das Selbstbestimmungsrecht der angestammten Bevölkerung geltend. England ist rechtlich und moralisch verpflichtet, Gibraltar an Spanien zurückzugeben, die anglonormannischen Inseln an Frankreich, Nord-Irland an Irland und die Malvinen (Falkland-Inseln) an Argentinien.

England hat 1807 Helgoland geraubt und 1890 teuer an Deutschland verkauft. Nach dem 2. Weltkrieg hat es dann bis 1952 versucht, die Insel durch Bombardements zu vernichten! („Die feine englische Art“). Die britische Regierung hat 1990 fast bis zum Ende der Verhandlungen versucht, die Teil-Wiedervereinigung Deutschlands zu verhindern! Ist das „die politische Kultur einer Demokratie“? Nicht ohne Grund spricht man seit sehr langer Zeit vom „perfiden Albion“ (perfide = treulos, falsch, heimtückisch). Die „Entente Cordiale“ (herzliches Einvernehmen, Verständigung) mit Frankreich von 1904 wird von England nur beachtet, wenn sie seinen eigenen Interessen dient – nicht „in guten wie in schlechten Zeiten“. Nach der Niederlage Frankreichs hat sein Verbündeter England 1940 die französische Flotte vor Oran (Algerien) versenkt! 1801 und 1807 hat die englische Flotte Kopenhagen bombardiert sowie 1807 die dänische Flotte gestohlen – weil Dänemark neutral bleiben wollte!

Seit Januar 1943 (Konferenz von Casablanca) haben die USA und Großbritannien die „bedingungslose Kapitulation“ Deutschlands gefordert. Sie haben den Krieg nicht nur gegen Hitler, sondern vor allem gegen das Deutsche Reich und das deutsche Volk geführt! In der US-Direktive JCS 1067 vom April 1945 für die Besatzungstruppen heißt es: „Deutschland wird nicht besetzt zum Zwecke seiner Befreiung, sondern als ein besiegter Feindstaat.“ Es gibt jedoch charakterlose Deutsche, die den 8. Mai als „Tag der Befreiung“ feiern! In früheren Jahrhunderten sind auch die besiegten europäischen Gegner mit Respekt behandelt worden, z. B. Frankreich nach dem Sturz Napoleons I. 1814/15. Dagegen haben die Siegermächte beider Weltkriege die Besiegten beraubt, schikaniert und gedemütigt! Soll das „Fortschritt“ sein? Die USA haben 1945 sofort mit der „Umerziehung“ des deutschen Volkes begonnen und diese systematisch fortgesetzt.

Nach der schon vor Jahrtausenden in China praktizierten „Gehirn-Wäsche“ wird der psychisch gefolterte Gefangene schließlich dazu gebracht, seinem Unterdrücker „dankbar“ dafür zu sein, daß er selbst trotz seiner „großen Schuld“ so gut behandelt werde. Ebenso nach der alten chinesischen Methode werden die traditionellen Werte, die Geschichte, die bedeutenden Persönlichkeiten des besiegten Staates lächerlich gemacht. Das ist Seelenmord! In der Zeit des „Kalten Krieges“ mußten die Deutschen lernen, daß sie von den „guten“ US-Amerikanern vor der „bösen“ Sowjetunion geschützt würden, was eine „große Dankes-Schuld“ zur Folge haben müsse. Tatsächlich hatten die USA vorher der Sowjetunion geholfen, einen großen Teil Europas zu besetzen und zu unterwerfen. Später haben sie Verbündete gebraucht, als die Sowjetunion (SU) ihr Rivale geworden war! Gewisse linke Einflüsse sind nicht aus der SU, sondern aus den USA gekommen, z. B. die „Frankfurter Schule“ und antinationale Tendenzen in der Evangelischen Kirche! Das Gleiche gilt für Denk-Verbote und die Bestrafung mancher Meinungs-Äußerungen, die nicht „politisch korrekt“ sind. Angeblich ist die BRD der „freieste Staat“, den es jemals auf deutschem Boden gegeben habe. Warum darf man dann nicht alles sagen (abgesehen von persönlichen Beleidigungen)? Wer ein gutes Gewissen hat und von der Wahrheit seiner eigenen Ansicht überzeugt ist, kann falsche Behauptungen wissenschaftlich widerlegen! Dazu braucht man keine neuen Bestimmungen im Strafrecht. Es ist jedoch nicht verboten, national-konservative Deutsche als „Ewig-Gestrige“ zu diffamieren. Schon lange sagt man: „Der Sieger schreibt die Geschichte.“ Das aus der Antike bekannte „Vae victis!“ („Wehe den Besiegten!“) trifft die Deutschen seit 1945 ununterbrochen. Aber viele sind so verblödet, daß sie es nicht merken!

10. Überlegungen zur staatlichen Ordnung in Europa

Prof. Dr. Werner Hahlweg (1912 – 1989) hat den Verzicht auf eigenes Land als den schlimmsten aller politischen Fehler bezeichnet, denn Land bleibe immer gleich – es könne nicht vermehrt werden. Für Prof. Hahlweg waren Rußland und Frankreich die wichtigsten Partner Deutschlands – auf keinen Fall die Angelsachsen. Er hat auf die Befreiung Deutschlands durch Rußland – wie 1813/14 – gehofft. Am 7. Mai 1989 ist er plötzlich in seinem Wohnort Baden-Baden verstorben. Die letzten russischen Soldaten

haben die BRD im August/ September 1994 verlassen. Im Jahre 2008 stehen jedoch immer noch Truppen der USA und Großbritanniens in der BRD – natürlich, um diese zu kontrollieren! Die Bundeswehr ist seit 1990 systematisch verkleinert worden – weil es angeblich keine Bedrohung mehr gibt. Normalerweise hätte das Atlantische Bündnis nach dem Ende der Sowjetunion und des Warschauer Paktes sofort aufgelöst werden müssen. Statt dessen ist es bis an die Grenzen Rußlands ausgedehnt worden – eine ungeheuerliche Provokation! Unter einem Vorwand wollen die USA in Polen und in Böhmen eigenes Militär stationieren – im Rücken der BRD sowie zwischen dieser und Rußland. Wer das nicht als Bedrohung für Deutschland, Rußland und das gesamte Kontinental-Europa erkennt, der hat nichts von Außenpolitik und Geopolitik begriffen!

Der bedeutende österreichische Theoretiker der Geopolitik Heinrich Jordis Freiherr von Lohausen (geb. 1907, Offizier und Diplomat) hat gesagt, durch den ersten Weltkrieg habe Europa seine Weltmacht verloren, durch den zweiten habe es politischen Selbstmord begangen. Seit dem 2. Weltkrieg kann kein europäischer Staat – außer Rußland – allein eine wesentliche Rolle in der Weltpolitik spielen. Daher ist ein dauerhafter Bund mehrerer europäischer National-Staaten notwendig, um die eigenen Interessen wirksam verteidigen zu können. Es darf nie wieder wechselnde Koalitionen der verschiedenen europäischen Mächte geben – und die nationalen Grenzen müssen endgültig und unwiderruflich festgelegt werden. Die portugiesisch-spanische Grenze existiert schon seit dem Mittelalter in dieser Form, die französisch-spanische ist 1659 im Pyrenäen-Frieden festgelegt worden. Die deutsch-dänische Grenze ist im wesentlichen gerecht. Eupen-Malmedy ist nach dem 1. Weltkrieg ohne Berechtigung an Belgien gegeben worden. Die Deutschen werden dort jedoch sehr gut behandelt – nicht so wie in Polen und der Tschecho-Slowakei zwischen den beiden Weltkriegen. Die Grenze zwischen Schlesien und Polen ist 1335 im Vertrag von Trentschin festgelegt worden, die zwischen Ostpreußen einerseits, Polen und Litauen andererseits 1422 im Frieden vom Melnosee/ Meldensee. Es hat keinen gerechten Grund gegeben, diese Grenzen zu ändern.

Frankreich ist seit der Karolinger-Zeit immer eines der wichtigsten Länder Europas gewesen. Um 1300 und später wieder um 1700 hatte Frankreich mit jeweils ca. 20 Millionen die größte Einwohnerzahl aller europäischen Länder. Einige wichtige Territorien sind jedoch erst in den letzten Jahrhunderten französisch geworden: Lothringen 1766, Korsika 1768, Nizza und Savoyen 1860 nach Volksabstimmungen. Das Elsaß ist teilweise 1648 französisch geworden, Straßburg 1681 durch gewaltsame Annexion. 1870/71 hätte die ganz überwiegend deutsche Bevölkerung jedoch mit großer Mehrheit für Frankreich gestimmt! Bismarck hat durch die Annexion des Elsaß und eines Teils von Lothringen im Mai 1871 die dauerhafte Feindschaft Frankreichs verursacht. Dadurch war ein späterer Krieg unvermeidlich. Die Gegensätze der europäischen Kontinental-Mächte haben immer den angelsächsischen Seemächten genützt. Diese haben mit dem geringsten Einsatz den größten Gewinn erzielt. Im Siebenjährigen Krieg (1756 – 1763) haben die Engländer Preußen solange unterstützt, bis sie die Franzosen, die hauptsächlich in Europa gekämpft haben, aus Kanada und Indien vertrieben hatten. Dann haben

sie das Bündnis beendet. Trotz der nahen Verwandtschaft der beiden Königshäuser haben sie überhaupt keine Solidarität gezeigt (wie auch später wieder Anfang des 20. Jahrhunderts). Preußen war vom Untergang bedroht und ist nur durch einen plötzlichen Regierungswechsel in Rußland gerettet worden. Dieses Verhalten ist typisch für die Angelsachsen.

Es geht darum, ein Kern-Europa in überzeugender Weise zu organisieren – also nicht so wie die EU! Diese ist nach ihrer totalen Fehl-Entwicklung nicht mehr zu reformieren, sondern aufzulösen. Deutschland muß so schnell wie möglich seinen Austritt erklären, um seine Existenz zu retten. Die beiden wichtigsten Staaten Europas – außer Rußland – sind und bleiben Deutschland und Frankreich in gleicher Weise. Rußland ist natürlich viel zu groß, um in eine europäische Gemeinschaft aufgenommen zu werden. Ein Bund kern-europäischer Staaten muß aber en bloc dauerhaft mit Rußland eng im gegenseitigen Vertrauen zusammenarbeiten. Die Souveränität und Neutralität der anderen europäischen Staaten muß immer respektiert werden.

Kern-Europa kann weder ohne Deutschland noch ohne Frankreich existieren. Auf jeden anderen Staat kann man verzichten – auf Italien und Spanien sehr ungern, auf Großbritannien sehr gern! Viele Deutsche haben den England-Tick (wie z. B. auch Adolf Hitler) oder – allgemeiner – den Germanen-Tick. Der findet jedoch selten ein Echo. Mehrere romanische und slawische Völker stehen den Deutschen viel näher als die meisten germanischen. Die Angelsachsen leben seit dem 5. Jahrhundert in Großbritannien. In mehr als anderthalb Jahrtausenden hat sich ihre Mentalität völlig anders entwickelt als die der Kontinental-Europäer. Das folgende Beispiel zeigt einen wesentlichen Unterschied der englischen und der französischen Mentalität: In England ist das Bildungs-Ideal seit Jahrhunderten der „Gentleman“, der einen guten Eindruck machen soll, in Frankreich dagegen „l'honnête homme“, der Ehrenmann.

In einer geopolitischen Logik ist das Karolinger-Reich entstanden. Das ist und bleibt immer die Basis für Kern-Europa. Deutschlands Ausdehnung nach Osten entspricht ebenfalls der geopolitischen Logik – wie auf der anderen Seite die Entwicklung Rußlands mit Weißrußland und der Ukraine. Die romanisch-germanische Sprachgrenze hat sich übrigens seit der Karolinger-Zeit nur wenig verändert. (Anmerkung: Nach 1945 ist im Elsaß und in Deutsch-Lothringen deutsch praktisch verschwunden, da es Frankreich als Alltags- und Schulsprache nicht zugelassen hat.) Dagegen hat es in Ost-Mitteleuropa wesentliche Änderungen gegeben. Es gilt jetzt, die Konsequenzen aus den Fehlern der Vergangenheit zu ziehen. Deutschland, Frankreich, Italien und Spanien mit einigen kleineren Staaten müssen einen dauerhaften Staatenbund bilden, der immer die gemeinsamen Interessen sichert und verteidigt. Das gilt sowohl in wirtschaftlicher als auch militärischer als auch kultureller Hinsicht. Es muß immer eine enge Zusammenarbeit von National-Staaten mit einer eigenen Volkswirtschaft bleiben!

Durch die nationale Einigung Italiens und Deutschlands in den Jahren 1860 bis 1871 ist in Europa eine grundsätzlich neue Situation entstanden. Einige Nachbarländer waren es

seit Jahrhunderten gewohnt, sich in die italienischen und die deutschen Angelegenheiten einzumischen sowie die Rivalität der italienischen und deutschen Einzel-Staaten auszunutzen. Der geniale Staatsmann Otto von Bismarck (1815 – 1898) hat „den Rockzipfel Gottes im richtigen Moment ergriffen“ (um ihn selbst zu zitieren)! Dadurch ist die europäische Ordnung normalisiert worden. Im Gegensatz zu den Behauptungen gewisser Ideologen ist der National-Staat keine Spezialität des 19. Jahrhunderts, sondern die natürliche staatliche Organisation des Volkes! Vom Ende des 18. bis zur Mitte des 20. Jahrhunderts hatte die nationale Idee allerdings in Europa im allgemeinen eine größere Bedeutung als vorher und nachher. In diesem Rahmen kann nicht viel über den Unterschied zwischen Volk und Nation gesagt werden. Das Volk ist eine biologische Gemeinschaft. Die Nation ist darüber hinaus mit einem besonderen Bewußtsein verbunden. In ihr können sich auch Minderheiten mit dem Hauptvolk verbinden, z. B. die Elsässer und die Bretonen mit den Franzosen. Nationalstaaten haben sich in Europa schon im Mittelalter und in der frühen Neuzeit gebildet: Frankreich, England, Spanien, Portugal, Dänemark, Schweden, Rußland. Die nordischen Staaten waren mehr oder weniger lange durch eine Union verbunden, haben sich aber wieder getrennt – trotz der nahen Verwandtschaft der Völker und der Sprachen (abgesehen von Finnland). Der deutsche Bundesstaat ist sicher die bessere Lösung gewesen als der italienische Zentralstaat.

11. Gedanken zur Europäischen Einigung und zur Globalisierung

Nach dem 2. Weltkrieg ist in den westlichen und südlichen Besatzungszonen Deutschlands die vorbildliche soziale Markt-Wirtschaft geschaffen worden – von Deutschen für Deutsche! Das ist nur im Rahmen einer gesunden Volkswirtschaft möglich. Der ursprüngliche „Gemeinsame Markt“ von sechs in ihrer Substanz vergleichbaren kontinental-europäischen Ländern war eine nützliche Ergänzung. Es war jedoch ein unverzeihlicher Fehler, die britischen Inseln und dann immer mehr Länder aufzunehmen.

Inzwischen ist die „Europäische Union“ zu einer supranationalen Diktatur geworden! Die deutsche Souveränität hätte niemals aufgegeben werden dürfen! Durch die „Globalisierung“, die nur einer ganz kleinen kapitalistischen Clique nützt, ist die deutsche Volkswirtschaft schon zum großen Teil vernichtet worden – insbesondere in der ehemaligen DDR. Es war ein katastrophaler Fehler, die Schutz-Zölle abzuschaffen! Wenn in Deutschland teurer produziert wird, dann auch meistens besser. Wenn die Arbeitnehmer gute Löhne und Gehälter bekommen, können sie gute deutsche Produkte bezahlen! Kein Staat kann allein von Dienstleistungen leben. Grundlage bleibt immer die Produktion!

Eine „Weltwirtschaft“ und „Globalisierung“ ist immer eine große Gefahr für alle Völker und Staaten. Es können natürlich niemals alle berechtigten Interessen berücksichtigt werden – es wird überhaupt nicht differenziert. Die wirtschaftlich Schwächeren werden unterdrückt. Außerdem ist eine sichere Kontrolle unmöglich. Also gibt es jederzeit die

Gefahr einer gigantischen Krise wie 1929. Eine weltfremde oder verlogene Idologie behauptet, die Wirtschaft würde immer alles ganz allein in der richtigen Weise regeln. Diese Behauptung widerspricht dem gesunden Menschenverstand und der historischen Erfahrung. Die soziale Ungerechtigkeit zeigt sich zwar immer wieder, aber sie wird einfach bagatellisiert. Für jeden normalen Menschen ist klar, daß es immer eine staatliche Kontrolle geben muß. Ohne diese ist Gerechtigkeit unmöglich. Es ist unglaublich, aber wahr, daß gewisse Leute gleichzeitig immer von „Demokratie“ (= Herrschaft des Volkes) reden und die „Globalisierung“ fordern, die zur brutalen Wirtschafts-Diktatur internationaler Groß-Unternehmen („Heuschrecken“) führt.

Sittenwidrig ist die Spekulation mit Haus-und Grundeigentum! Dieses darf immer nur innerhalb eines einzigen (National-)Staates öffentliches Eigentum sein oder das der jeweiligen Staatsbürger – niemals das Fremder und auch nicht das nationaler Groß-Unternehmen („Immobilien-Haie“). Ferien-Häuser können für 30 Jahre gepachtet werden. Jeder Staat muß das nationale Eigentum schützen! Der Staat darf niemals auf die Kontrolle der Energie, der Eisenbahn, des Verkehrs, der Post verzichten.

Liberalistische Ideologen behaupten immer wieder, die jetzige Welt-Wirtschaft sei die einzig richtige. Sowohl der Kommunismus als auch die Wirtschaft früherer Jahrhunderte seien eine schlechte Lösung gewesen – eine andere Alternative gebe es nicht! Genauso dummdreist wie die angeblich „demokratischen“ Partei-Politiker behaupten die Ideologen des Kapitalismus, die absolute Wahrheit zu kennen. Ihre Kritiker seien törichte Ignoranten! Dazu ist sehr viel zu sagen, hier nur einige Bemerkungen. Der bekannte deutsche Nationalökonom Friedrich List (1789 – 1846) hat den Freihandel befürwortet, gleichzeitig aber auch Schutzzölle in bestimmten Fällen, damit z.B. die deutsche Industrie nicht von der englischen erstickt würde. Nach seinen Vorschlägen ist 1836 – 1839 die erste deutsche Fern-Eisenbahn von Leipzig nach Dresden (115 km lang) gebaut und privat finanziert worden. Später mußte sie doch verstaatlicht werden, obwohl das Königreich Sachsen ein dicht besiedelter Industrie-Staat war. In den preußischen Ost-Provinzen war die private Finanzierung der Eisenbahn wegen der großen Entfernungen und der geringen Bevölkerungsdichte von Anfang an unmöglich. Wenn die Eisenbahn ein Staatsbetrieb ist, wird die Privat-Wirtschaft nicht behindert, sondern unterstützt!

Ein Credo der Liberalisten ist die Konkurrenz – es könne „niemals zuviel Konkurrenz“ geben! Durch diese Ideologie werden tatsächlich viele Menschen ins Unglück gestürzt. Z. B. kann in jeder Stadt nur eine begrenzte Anzahl von Taxis soviel Einnahmen erwirtschaften, daß alle Unternehmer und Fahrer davon leben können. Was tatsächlich seit Jahrzehnten geschieht, ist unverantwortlich: Es werden zu viele Konzessionen vergeben und auch an völlig Fremde. Das nennt man ruinösen Wettbewerb! Es kann nicht das einzige oder hauptsächliche Kriterium sein, daß Taxi-Fahrten möglichst billig sein sollen. Ein anderes Beispiel: Durch Ausschreibungen im größten Teil Europas entstehen Probleme verschiedener Art: die Benachteiligung der Einheimischen durch völlig

Fremde, unseriöse Methoden vieler Ausländer, sprachliche und rechtliche Probleme, überflüssige Transport-Kosten usw. Es gibt verschiedene allgemeine Grundsätze, die sowohl eine moralische als auch eine praktische Bedeutung haben:

- Das Eigentum soll erhalten bleiben. Daher sollte man die Erbschaftsteuer abschaffen.
- Familien-Unternehmen sollen unter angemessenen Bedingungen existieren können. Sie dürfen nicht durch das Groß-Kapital vernichtet werden.
- Jeder soll die Chance haben, in seiner Heimat eine angemessene Arbeit zu finden – ohne jeden Tag bis zu 150 km in eine Richtung zu fahren.
- Bauern und andere Familien-Unternehmer müssen eine gerechte Bezahlung für ihre Arbeit erhalten. Das gilt natürlich auch für Handwerker, Gastwirte, Hoteliers. Weder eine industrialisierte Landwirtschaft noch billige ausländische Arbeitskräfte sind wünschenswert. Daher sind in vielen Fällen Steuersenkungen und/oder Subventionen notwendig, damit die Preise nicht zu hoch werden. Man kann z.B. die Produktions-Bedingungen der Landwirtschaft und der Industrie überhaupt nicht vergleichen – das liegt in der Natur der Sache!

Einige Probleme lassen sich sofort ganz einfach lösen: Alle deutschen Staatsbürger – also auch die Politiker, die Beamten und die Selbständigen – sollten Pflicht-Beiträge in die Deutsche Rentenversicherung einzahlen und Pflicht-Mitglieder einer gesetzlichen Krankenkasse sein. Die Höhe der Renten und Pensionen müßte natürlich begrenzt sein. Dann wäre die Finanzierung kein Problem mehr. Wenn die Abgeordneten und Minister Beiträge zur Arbeitslosen-Versicherung zahlen, sind die hohen Übergangs-Gelder überflüssig – so einfach ist das! Die Betroffenen wehren sich jedoch dagegen, weil sie ihre egoistischen Interessen über das Gemeinwohl stellen. Die meisten Privilegien der Beamten haben heute genauso ihre Berechtigung verloren wie die früheren Privilegien des Adels! Die „Reformen“ der „demokratischen“ Politiker lösen selten ein Problem: Oft schaffen sie ohne Notwendigkeit ein neues. Es ist auch typisch für dieses System, daß man sich mit der Behandlung von Symptomen begnügt – anstatt sich ernsthaft um eine Therapie zu bemühen.

Die Liberalen fordern immer die „Vertrags-Freiheit“. Diese aber führt sehr oft zur Diktatur des wirtschaftlich Stärkeren. Das muß durch Gesetze verhindert werden. Sittenwidrig ist der § 367 (1) des Bürgerlichen Gesetzbuches: „Hat der Schuldner außer der Hauptleistung Zinsen und Kosten zu entrichten, so wird eine zur Tilgung der ganzen Schuld nicht ausreichende Leistung zunächst auf die Kosten, dann auf die Zinsen und zuletzt auf die Hauptleistung angerechnet.“ Wenn jemand nur noch niedrige Raten zahlen kann, kassiert die Bank regelmäßig hohe Zinsen, ohne daß die Schuld sich verringert. Der Schuldner wird wie ein Sklave behandelt, der in einem Rad immer vorwärts geht, ohne sich von der Stelle zu bewegen! Er hebt nur Lasten für andere. Das Gesetz muß garantieren, daß in jedem Falle mindestens die Hälfte jeder einzelnen Zahlung für die Tilgung der Schuld verwendet wird!

Indirekte Steuern sind zwar berechtigt und praktisch, aber unter dem sozialen Aspekt ziemlich ungerecht, denn sie belasten die Reichen relativ weniger als die Armen. In anderen Ländern zahlt man für Medikamente z. B. 0%, 1, 2, 3 oder 4% Mehrwert-Steuer! Alle Angestellten – also auch die reichen Direktoren – sollten immer einen Beitrag zur Arbeitslosen-Versicherung bezahlen! Wer seinen Posten durch seine eigene Schuld verliert, erhält eine Sperre von 12 Wochen – wie alle „gewöhnlichen Menschen“. Es ist ein Skandal, daß Politiker, Beamte und Wirtschaftsführer keinen Schadensersatz für grobe Fehlleistungen zu zahlen brauchen! Ein anderer Skandal: Einige internationale Groß-Unternehmen haben eine größere Wirtschaftskraft als viele Staaten mit mehreren Millionen Einwohnern! Das muß unbedingt verhindert werden!

12. Die Probleme der Entwicklungsländer

Seit Jahrzehnten wird sehr viel über „Entwicklungs-Hilfe“ gesprochen. Es ist typisch für die einflußreichen Kreise, daß sie eine bestimmte Ideologie mit Tabu-Themen geschaffen haben. In diesem Zusammenhang sei nur auf einige wesentliche Aspekte hingewiesen, die viel zu wenig berücksichtigt werden. **Es ist falsch, die gleiche Lebens-Ordnung für alle Völker und Rassen dieser Erde zu fordern.** Man muß versuchen, bessere Bedingungen für die unterentwickelten Länder zu schaffen, ohne ihre Tradition zu zerstören und ohne die europäische oder die nordamerikanische Zivilisation als das richtige Modell zu oktroyieren. Die „Welt-Wirtschaft“ ist überhaupt nicht geeignet, den Menschen zu helfen. Wenn manche Völker nur wenig technische und/oder wirtschaftliche Fähigkeiten haben, muß man ihnen diskret so helfen, daß sie nicht ausgebeutet werden. Durch den Raubbau der internationalen Groß-Unternehmen wird der Lebensraum der Völker bedroht und zerstört, denen man angeblich helfen will.

Durch den Fortschritt der Medizin ist die Welt-Bevölkerung im 20. Jahrhundert viel zu stark gewachsen. Das Ergebnis ist erschreckend! Das Wachstum der Bevölkerung in Asien und Afrika muß sehr schnell beendet werden. Sonst wird letzten Endes der Lebensraum auf der ganzen Erde vernichtet. Die unterentwickelten Völker müssen endlich lernen, daß viele Kinder in jeder Familie die Zukunft nicht sichern, sondern zerstören! Es kann keine Lösung sein, daß immer mehr Afrikaner und Asiaten nach Europa kommen! Seit Jahrzehnten gibt es in Ceylon/Sri Lanka einen erbitterten Krieg der tamilischen Minderheit gegen die singhalesische Mehrheit. Die Tamilen sind aus Südindien nach Ceylon eingewandert. Anstatt in ihre Heimat zurückzukehren, führen sie lieber einen blutigen Krieg! Etliche beantragen auch Asyl in der BRD. Das liegt natürlich „näher“, weil sie dort viel Geld bekommen.

Die Probleme der Entwicklungs-Länder müssen immer in ihrer eigenen Region gelöst werden. Asylanten aus Afrika und Asien müssen immer auf ihrem eigenen Kontinent bleiben. Während des Bosnien-Krieges war es gerechtfertigt, Flüchtlinge in Deutschland aufzunehmen, aber zwei Drittel sind in die BRD gegangen, ein Drittel in alle anderen europäischen Staaten zusammen! Viele Probleme sind im 20. Jahrhundert durch will-

kürliche Staats-Konstruktionen geschaffen worden. Die Engländer haben Palästina während des 1. Weltkrieges sowohl den Arabern als auch den Juden versprochen. Nach dem 1. Weltkrieg haben sie den Irak mit verfeindeten Völkern und Religionen gebildet. Die späteren Konflikte waren vorprogrammiert! War das Absicht? Es erinnert an das römische „divide et impera“ (teile und herrsche)!

13. Sprache als Herrschaftsinstrument

General de Gaulle hat Anfang der 1960er Jahre vorgeschlagen, daß Frankreich und Deutschland eine enge Union bilden sollten. Jeder solle die Sprache des anderen zur ersten Fremdsprache machen. Tatsächlich sind Französisch und Deutsch seit jeher die wichtigsten Sprachen des europäischen Kontinents – außer Russisch. Französisch ist eine klare, logische, schöne und gut artikulierte Sprache – im Gegensatz zum Englischen. Jeder Deutsche lernt durch das Französische zugleich, seine Muttersprache besser zu verstehen und auszusprechen (dies gilt besonders für Hamburger, Schleswig-Holsteiner, Hessen, Sachsen und Schwaben). Außerdem wird natürlich das Verständnis der anderen romanischen Sprachen sehr gefördert.

Dagegen ist der Lern-Effekt des Englischen fast nur auf diese Sprache selbst beschränkt. Die Sprache wird von den Angelsachsen natürlich als Mittel der Weltherrschaft benutzt. Die englische Sprache ist nur durch den brutalen Imperialismus Englands und der USA auf allen Kontinenten verbreitet worden – bestimmt nicht wegen ihrer Qualität. Deutsch ist als Sprache der Wissenschaft mit Sicherheit nicht weniger als Englisch geeignet. Es ist ein Skandal, daß Politiker der BRD erklären, Deutsch wäre als Sprache der Wissenschaft tot! Das ist Verrat an den elementaren deutschen Interessen. Natürlich kann sich jeder in seiner Muttersprache besser ausdrücken als in einer anderen. Durch den Gebrauch einer anderen Sprache gehen fast immer wichtige Nuancen verloren – abgesehen von manchen Mißverständnissen. Die „Atlantiker“ der BRD haben Präsident de Gaulles Vorschläge sabotiert – und damit zugleich die berechtigten Interessen Deutschlands und Europas.

14. Die deutsche Identität

Seit Jahrzehnten werden immer mehr Ausländer in der BRD angesiedelt, obwohl deren Bevölkerungsdichte schon seit Kriegsende viel zu hoch ist. Die führenden Politiker haben lange Zeit immer wieder – sehr richtig! – gesagt, Deutschland sei kein Einwanderungs-Land. Trotzdem ist die Einwanderung von den Politikern direkt und indirekt gefördert worden. Dann ist behauptet worden, man brauche die Ausländer, und auch in früheren Jahrhunderten habe es schon Einwanderer gegeben. Das waren jedoch nur Europäer – weder Türken noch Neger! In den ehemaligen Kolonial-Mächten Frankreich und England gibt es seit Jahrzehnten immer wieder Rassen-Konflikte. Im ehemaligen Jugoslawien hat sich gezeigt, daß die Gegensätze zwischen den verschiedenen Völkern

auch nach Jahrhunderten nicht verschwinden. Die Natur des Menschen und die in Jahrtausenden organisch gewachsene Mentalität sind stärker als jede Ideologie!

Otto von Bismarck (1815 – 1898) hat 1863 als preußischer Ministerpräsident gesagt: „Die Neigung, sich für fremde National-Bestrebungen zu begeistern, auch dann, wenn dieselben nur auf Kosten des eigenen Vaterlandes verwirklicht werden können, ist eine politische Krankheitsform, deren geographische Verbreitung sich auf Deutschland leider beschränkt.“ Nach dem 2. Weltkrieg hat sich diese Krankheit immer mehr verschlimmert. Das deutsche Volk befindet sich in einer tiefen Dekadenz. Diese kann schließlich zum Untergang führen – oder zu einer nationalen Revolution, die eine gesunde Ordnung wiederherstellt. Für beide Möglichkeiten gibt es historische Beispiele. Leider gibt es viele sehr naive Deutsche, die glauben, durch Verzicht auf die eigenen Rechte könne man dem Frieden dienen und eine bessere Welt schaffen. Tatsächlich werden dadurch Verbrecher belohnt, die ohne Skrupel fremdes Eigentum stehlen. In der Politik und in der politischen Geographie gibt es kein Vakuum. Wer Gebiet aufgibt und auf die Anwendung von berechtigter Macht verzichtet, der fördert die unmoralische Gewalt anderer. Jeder normale Mensch empfindet das ganz instinktiv und verteidigt seine eigenen Rechte genauso wie die seiner Familie und seines Volkes. Andere Völker lachen über die vielen politisch verblödeten Deutschen, die es heute in der BRD gibt.

Viele Leute haben die Umerziehungs-Ideologie einfach übernommen, ohne sie kritisch zu prüfen. Bestimmte Behauptungen werden als reine Wahrheit betrachtet, die man nicht widerlegen könne – wie in der Mathematik: $2+2=4$. Was „demokratisch“ ist, muß immer „gut“ sein. Das erinnert sowohl an G. Orwells Roman „neunzehnhundertvierundachtzig“ als auch an das Märchen „Des Kaisers neue Kleider“! Verbrecherische Angriffs-Kriege werden angeblich nur von Diktaturen geführt. Wer das glaubt, hat sich z. B. noch nie über den Opium-Krieg von 1840 – 1842 und über den Buren-Krieg von 1899 – 1902 informiert! Ist es nicht so schlimm, wenn im – durch das Völkerrecht verbotenen – Luftkrieg gegen die Zivil-Bevölkerung unschuldige Menschen durch „demokratische“ Bomben getötet werden? Die Liste der von demokratischen Staaten verursachten Kriege ist sehr, sehr lang! Außerdem sind gar nicht selten demokratische Politiker wiedergewählt worden, nachdem sie Kriegsverbrechen begangen hatten! König Friedrich II., der Große, von Preußen (1740 – 1786, geb. 1712) hat gesagt: „Der Bürger soll es nicht merken, wenn der König Krieg führt.“

Es ist dringend erforderlich, daß nach 63 Jahren die deutsche Souveränität endlich wiederhergestellt wird! Die deutsche Außen- und Militärpolitik muß allein in Berlin entschieden werden – weder in Brüssel noch in Washington noch in New York! Die „Bundeswehr“ ist tatsächlich die Fremden-Legion der USA. Die unverantwortlichen Angriffs-Kriege der NATO in Jugoslawien, Afghanistan und Somalia haben großen Schaden angerichtet, aber kein Problem gelöst. Die wieder einmal durch Erpressung seitens der USA erzwungene Entschädigungs-Zahlung an die nach 50 – 60 Jahren noch lebenden ehemaligen Zwangs-Arbeiter widerspricht den klaren Regeln eines Rechts-

Staates. Alle Verbrechen und daraus resultierenden Ansprüche auf Entschädigung verjähren spätestens nach 30 Jahren – falls es nicht um Mord oder Völkermord geht.

Die deutsche Identität muß gerettet werden. Wie eine Panzer-Armee zerstört die Sub-Kultur der USA die deutsche und europäische Kultur. Eine „atlantische Werte-Gemeinschaft“ kann es erst nach der Vernichtung der europäischen Kultur geben. Der französische Politiker Georges Clemenceau (1841 – 1929) soll gesagt haben, die US-Amerikaner seien die einzigen der Weltgeschichte, die den direkten Weg von der Barbarei zur Dekadenz gegangen seien, ohne den Umweg über die Kultur zu machen. Seit 1945 wird in Deutschland „Gehirn-Wäsche“ praktiziert, die eigene Denkweise verdrängt oder manipuliert. Das Verhalten vieler Deutscher ist so zu bewerten: „Es gibt keine schlimmeren Feinde der Freiheit als glückliche Sklaven!“ Man denke an die Zeit der Befreiungs-Kriege 1813/14 als Gegen-Beispiel. Sklaven haben keine Identität.

15. Gedanken zur Bildungspolitik

Eine völlig falsche Bildungs-Politik hat seit den 1960er Jahren – wieder einmal unter dem schädlichen Einfluß der USA – überflüssige Probleme künstlich geschaffen! Bis dahin sind ungefähr je 15% der Schüler eines Jahrgangs auf die Realschule und das Gymnasium gegangen, ca. 70% auf die Hauptschule. Da die Intelligenz vererbt wird und die Bildungschancen gegenüber früheren Jahrhunderten schon bedeutend verbessert worden waren, konnte es nur noch eine geringe Zunahme der Realschüler und Gymnasiasten geben. Plötzlich sollten – auf Grund einer neuen Bildungs-Ideologie – mindestens die Hälfte eines Jahrgangs Abitur machen. Um das Ziel zu erreichen, haben die „Verantwortlichen“ das Niveau immer mehr gesenkt. Der „Erfolg“:

- Die Abiturienten der letzten Jahrzehnte haben weniger Allgemein-Bildung nach 13 Jahren Schule als ihre Großeltern mit der Mittleren Reife nach 10 Jahren!
- Die Universitäten und Arbeitgeber klagen über das niedrige Niveau und das geringe Wissen der deutschen Abiturienten sowie deren schlechte Beherrschung ihrer Muttersprache (geringer Wortschatz, grammatische Fehler, mangelnde Präzision, Anglizismen, banale Umgangssprache statt einer gebildeten Sprach-Kultur,...).
- Halb- und Schein-Gebildete studieren Mode-Fächer, für die nur sehr wenig Bedarf besteht!
- Es fehlen Lehrlinge für praktische Berufe!

Die meisten jungen Deutschen und auch viele ältere mißachten die hohe deutsche und europäische Musikkultur und ersetzen sie durch eine primitive angelsächsische Sub-Kultur. Neben der guten deutschen Volksmusik (nicht ihrer kitschigen Form) steht seit Jahrhunderten die hohe europäische Musikkultur, die vor allem italienisch, deutsch und französisch ist – der angelsächsische Anteil hat keine wesentliche Bedeutung. Seit Jahrzehnten wird das deutsche Volk in der Öffentlichkeit immer wieder durch die angelsächsische Subkultur terrorisiert!

- Es ist nicht normal, daß die Hälfte der Schüler Abitur machen und studieren soll.
- Es ist nicht normal, daß Frauen Soldatinnen werden und daß sie alle Aufgaben der Männer übernehmen sollen.
- Es ist nicht normal, daß in einer Monarchie eine ältere Schwester statt des jüngeren Bruders Thronerbin wird.

Dies alles ist ein typisches Zeichen von Dekadenz – siehe Schweden!

Der Mangel an Verantwortung bzw. die Unfähigkeit der „demokratischen“ Politiker zeigen sich in vielen Bereichen, hier nur zwei Beispiele:

- Die BRD ist seit langem ein Paradies für Verbrecher! Die offenen Grenzen erleichtern deren „Arbeit“. Auch bei schweren Straftaten gibt es oft „Bewährungs“-Strafen. „Justiz-Reform“ heißt in der BRD nicht eine größere Gerechtigkeit, sondern mildere Strafen für Verbrecher. Die Drogen-Delikte werden einfach als Schicksal akzeptiert. Die Aktivitäten der Mafia werden offenbar als unvermeidlich angesehen.
- Ein großer Skandal ist die Lastwagen-Plage! Speditionen zahlen nur einen kleinen Teil der Schäden, die sie verursachen. Lastwagen dürften grundsätzlich nur im Nahbereich bis ca. 120 km benutzt werden, in bestimmten Fällen bis 300 km, niemals im Transit-Verkehr. Ein weiterer Skandal ist das steuerfreie Benzin für Flugzeuge! Diese verursachen besonders große Umwelt-Schäden. Außerdem sind die meisten Flüge ein überflüssiger Luxus, welcher der einheimischen Wirtschaft schadet. Das betrifft sowohl den Warenverkehr als auch den Tourismus.

16. Die Ideologie der Gleichheit und die Verantwortungslosigkeit

Große Teile des deutschen Volkes haben keine Verantwortung und keine Disziplin mehr. Das zeigt sich in vielen Bereichen jeden Tag. Der Egoismus wird immer schlimmer. Ein typisches Beispiel ist das Verhalten sehr vieler Radfahrer, die fast alle Verkehrsregeln mißachten. Vieles sieht man nicht oder nur manchmal direkt, aber man leidet unter den Folgen dieser degenerierten Mentalität. Die Stadtverwaltung Münster findet es völlig normal, daß an jedem Wochenende Massen junger Leute die normale Bevölkerung in Wohnvierteln die ganze Nacht lang durch unerträglichen Lärm terrorisieren! Der große Vorteil für die Politiker: Leute, die sich immer nur oberflächlich amüsieren, denken nicht viel und stellen keine kritischen Fragen! Das alte römische Prinzip: „Panem et circenses“ (Brot und Spiele).

Die Ideologie der Gleichheit und Gleichberechtigung zerstört die natürliche Ordnung. Die Bedeutung der biologischen Unterschiede wird einfach bestritten. Es ist z. B. wissenschaftlich bewiesen, daß viele Medikamente nicht dieselbe Wirkung bei Männern und Frauen oder bei Menschen verschiedener Rasse haben. Für normal denkende Menschen ist es klar, daß die Unterschiede des Geschlechts und der Rasse mit einer unterschiedlichen Mentalität verbunden sind. Ebenso werden nicht nur körperliche,

sondern auch geistige und seelische Eigenschaften vererbt. Wer diese Tatsache bestreitet, schadet sowohl dem einzelnen Menschen als auch dem Volk und der Gesellschaft. Durch den Meinungs-Terror des „politisch Korrekten“ (der aus den USA importierten „Political correctness“) soll es verboten werden, bestimmte Ansichten öffentlich zu äußern – der Triumph des „Fortschritts“! Tatsächlich hat es früher eine Benachteiligung der Frauen und einen Rassen-Hochmut vieler Weißer gegeben. Jetzt wird ein Extrem gegen ein anderes ausgetauscht.

Viele Türken verachten die dekadenten deutschen Männer als Schwächlinge und Feiglinge! Die zweite Strophe des Deutschland-Liedes hat z. Zt. ihre Berechtigung verloren. Ilja Ehrenburg (1891 – 1967) würde sich über das Verhalten vieler deutscher Frauen am Ende des 20. und Anfang des 21. Jahrhunderts sehr freuen, denn er wollte ihren „RasseHochmut“ brechen. Für viele in der BRD lebende Ausländer sind deutsche Frauen „Schlampen“. Das andere Extrem sind die herrschsüchtigen Karriere-Weiber (Friedrich v. Schiller: „Da werden Weiber zu Hyänen.“). Durch die unsinnige Ideologie der „Feministinnen“ und „Emanzen“ werden das normale Denken und die deutsche Sprache pervertiert. Es ist verrückt, immer von „Bürgerinnen und Bürgern“, „Kundinnen und Kunden“ zu sprechen! Viele deutsche Frauen wollen „sich selbst verwirklichen“ und merken überhaupt nicht, daß sie nicht nur der natürlichen Ordnung, sondern auch sich selbst schaden. Alle Fehler der US-Gesellschaft werden in der BRD stumpfsinnig kopiert. Deswegen haben so viele Menschen wie niemals vorher psychische Probleme – und suchen „Trost“ in Alkohol, Zigaretten und Rauschgift!

Die NS-Zeit von 1933 – 1945 war nur eine kurze Episode in der langen deutschen Geschichte, aber sie wird in unerträglicher Weise immer wieder in den Vordergrund geschoben. Dadurch soll das deutsche Volk eingeschüchtert und erpreßt werden. Die Ursachen für die Machtergreifung der NSDAP werden bagatellisiert. Es waren vor allem die wirtschaftlichen und sozialen Folgen des Versailler Vertrages und der Welt-Wirtschaftskrise von 1929. „Goldene zwanziger Jahre“ hat es für das deutsche Volk nicht gegeben, sondern nur für eine kleine Clique von Neureichen. Es ist bemerkenswert, daß es Mitte der 1930er Jahre eine klare Verbesserung der Wirtschaftslage in Deutschland gegeben hat – nachdem die Volkswirtschaft wiederhergestellt und die angeblich vorteilhafte oder sogar notwendige Welt-Wirtschaft abgeschafft worden war! Das hat übrigens gar nichts mit der Regierungsform – ob Demokratie oder Diktatur – zu tun.

17. Der Parlamentarismus und die Herrschaft der politischen Parteien

In sehr tendenziöser Weise erwecken „demokratische“ Politiker und Journalisten den Eindruck, daß die einzige Alternative zum politischen System der BRD eine Diktatur nach NS-Vorbild sein könnte. Tatsächlich gibt es sowohl mit einer republikanischen als auch mit einer monarchischen Staatsform viele Varianten einer demokratischen Regierungsform! In Frankreich, der Schweiz und anderen Staaten ist es selbstverständlich,

daß Grundsatz-Fragen in Volksabstimmungen entschieden werden. Davor haben die Partei-Politiker der BRD Angst. Sie wissen nämlich genau, daß die Mehrheit des Volkes oft eine ganz andere Meinung hat als die Mehrheit der angeblich „demokratischen“ Politiker!

Bundeskanzler Helmut Kohl hat dummdreist behauptet, das Volk könne nicht gegen die demokratischen Parlamente und Regierungen revoltieren, denn es habe diese selbst gewählt! Das Volk würde in dem Falle gegen sich selbst revoltieren und wäre dann also schizophren! Es ist seit langem dringend notwendig, das politische System der BRD kritisch zu analysieren sowie den Unterschied zwischen Theorie und Praxis darzustellen. Der US-Präsident Franklin D. Roosevelt hat die Wähler belogen, er wolle keine Beteiligung der USA an einem neuen Krieg. Gleichzeitig hat er diesen systematisch vorbereitet. Roosevelt hat übrigens sehr oft von „Demokratie“ gesprochen und wollte diese auf der ganzen Welt verbreiten. Nach dem 2. Weltkrieg haben die USA und Großbritannien in der späteren Bundesrepublik Deutschland ein demokratisches System nach ihren Vorstellungen eingeführt. Die von ihnen ausgewählten deutschen Politiker waren nur Hilfspersonal der Besatzungsmächte. Es ist reine Dummheit, wenn deutsche „Bundes-Bürger“ von „unserem Grundgesetz“ sprechen. Tatsächlich ist es das Grundgesetz der angelsächsischen Besatzungsmächte für ihren deutschen Satelliten!

Theoretisch ist das demokratische System fast perfekt:

- Das Volk kann in freier Wahl die richtigen Politiker auswählen.
- Falls deren Arbeit nicht überzeugend ist, werden die Konsequenzen in der nächsten Wahl gezogen.
- Jeder kann Mitglied einer Partei werden und die Politik direkt beeinflussen. In jeder Partei muß es eine innere Demokratie geben, so daß Willkür ausgeschlossen ist.
- Durch die Konkurrenz der Parteien gibt es eine optimale Auswahl verschiedener politischer Lösungen.

Die Erfahrung hat jedoch ganz klar gezeigt, daß die Praxis sehr wenig Ähnlichkeit mit der Theorie hat! Wie in der Welt-Wirtschaft die Konkurrenz der Groß-Unternehmen – so ist auch in der Politik die Konkurrenz der etablierten Parteien tatsächlich nur begrenzt. Die in der Wirtschaft und in der Politik herrschenden Kräfte wollen vor allem ihre eigene Macht-Position behaupten und verstärken. Daher sind – allem Anschein zum Trotz – die gemeinsamen Interessen stärker als die Gegensätze. Deren Betonung – vor allem im Wahlkampf – ist oft nur ein Theaterspiel, durch welches das Volk getäuscht werden soll. Dieses soll natürlich glauben, die Politiker kümmern sich mit viel Engagement um seine Interessen. Tatsächlich wird die Partei-Politik jedoch im Laufe der Zeit immer mehr zum Selbstzweck.

Die „demokratischen“ Politiker verkehren normalerweise nur in ihren Kreisen und leben in einer anderen Welt als das Volk (was man früher den Fürsten vorgeworfen hat)! Hinzu kommt der enge Kontakt – auch angeblich „sozialer“ Parteien – zu den

Mächtigen der Wirtschaft. Diese geben Spenden an die Parteien und gut bezahlte „Berater-Verträge“ an die Politiker – aus reinem Idealismus? Daher ändert sich nach Wahlen normalerweise sehr wenig, wenn andere Parteien als beim vorigen Mal gewonnen haben! Eines der vielen aus den USA importierten Übel ist die „lobby“. Diese setzt Politiker unter Druck, damit ihre Interessen gefördert werden – offensichtlich nicht zum Nutzen des Volkes!

Es ist ein Skandal, daß Feiern der Ministerien von Privat-Unternehmen finanziert werden! Im Laufe der Zeit sind viele Idealisten aus den Parteien ausgetreten, weil fast immer die herrschenden Kreise verhindern, daß sich etwas Wesentliches ändert. Aus guten Gründen wird eine gewisse Partei als „Politischer Gemischt-Waren-Laden“ bezeichnet, denn ihre Vertreter erzählen völlig verschiedenen Gruppen potentieller Wähler das, was diese gern hören wollen. So sagt seit Jahrzehnten ein Politiker derselben Partei das Gegenteil von dem, was ein Kollege einer anderen Gruppe erzählt. Nach der gewonnenen Wahl verhindern angeblich die „Realitäten“, daß man die vorher versprochenen Maßnahmen beschließt!

Ein ganz wesentlicher Mangel des Parteien-Systems wird erstaunlicherweise kaum thematisiert: Die Wähler müssen das gesamte Programm einer Partei akzeptieren oder ablehnen, obwohl es keinen logischen, notwendigen Zusammenhang hat. Jeder Wähler kann z. B. aus guten Gründen die Wirtschaftspolitik der einen Partei, die Außenpolitik einer anderen und die Kulturpolitik einer dritten billigen. Außerdem müssen die Kandidaten der bevorzugten Partei akzeptiert werden – auch wenn man sie überhaupt nicht mag.

In allen Parlamenten hat der öffentliche Dienst die absolute Mehrheit – quer durch die Parteien, obwohl sein Anteil an den Wählern nur ca. 8 – 10% beträgt! Das sollte durch die Änderung der Wahlgesetze verhindert werden, d. h. unter den zu wählenden Kandidaten sollten nur etwa 10% Beamte sein. **Normalerweise dürften Beamte und vor allem Richter gar nicht Mitglieder einer Partei sein.** (Anmerkung: Tatsächlich gelangen auf die gut bezahlten Spitzenstellen der Behörden und Gerichte vor allem zuverlässige Mitglieder der regierenden Parteien.)

Zwischen den beiden Weltkriegen wurden die Menschen im Deutschen Reich und in der Freien Stadt Danzig mit dem vollendeten 20. Lebensjahr volljährig und wahlberechtigt, mit dem vollendeten 25. Lebensjahr wählbar (passives Wahlrecht). Natürlich hatten nur die eigenen Staatsbürger das Wahlrecht.

Jedes öffentliche Amt hat den Zweck, dem Staat und dem Volk zu dienen. Das gilt für jede Staats- und Regierungsform. Manche „Demokraten“ meinen, jeder müsse die Chance haben, jedes Amt zu erhalten. Diese Denkweise ist jedoch völlig falsch! Der Staat und die Gemeinde sollen möglichst gut regiert und verwaltet werden. Andererseits soll der Mißbrauch eines Amtes verhindert werden. Es geht um das allgemeine Interesse – nicht um die egoistischen Wünsche des einzelnen. Grundsätzlich sollten natürlich diejenigen ein Amt erhalten, die gut geeignet sind. Gerade in der „Parteien-

Demokratie“ dominieren jedoch sehr oft andere Motive. Z. B. werden gar nicht selten Personen als Belohnung für die Dienste, die sie ihrer Partei erwiesen haben, zum Minister oder Staatssekretär gemacht. Nur im Justiz-Ministerium wird die notwendige Qualifikation verlangt. Ein Verteidigungs-Minister, der niemals im Militär gedient hat, ist eine Witzblatt-Figur! Der Primat der Politik bleibt unbestritten, aber jeder Minister und jeder Staatssekretär muß selbst gute Kenntnisse der Aufgaben und der praktischen Arbeit seines Ministeriums haben! Ein weiteres Übel ist die Ämter-Häufung. Natürlich kann niemand mehreren Ämtern gleichzeitig seine volle Arbeitskraft widmen. Außerdem wird gerade dadurch die theoretisch geforderte Chancen-Gleichheit verhindert.

Das politische System der BRD ist nicht „eigentlich gut“, sondern durch seine Struktur mangelhaft! Es regieren immer nur die etablierten Parteien – und diese bewilligen sich selbst großzügig Geschenke aus Steuermitteln. Unabhängige Politiker haben schon aus finanziellen Gründen keine Chance. Die scheinbar direkte Wahl ist tatsächlich eine indirekte. Die Auswahl unter den normalerweise nur von den Parteien präsentierten Kandidaten ist eng begrenzt. Wenn man jahrzehntelang immer nur das „kleinere Übel“ wählt, wird mit Sicherheit niemals etwas besser. Das Volk muß immer direkt über die Grundsatz-Fragen entscheiden, z. B. über wesentliche Änderungen der Verfassung, über die Einführung einer anderen Währung, über die Privatisierung öffentlichen Eigentums! Wenn es dies nicht darf, kann es keine Demokratie geben! Sehr viele gewählte Partei-Politiker haben bewiesen, wie wenig sie selbst qualifiziert sind. Z. B. hat der Bundestag mit großer Mehrheit die Annahme der Europa-Verfassung beschlossen, aber die meisten Abgeordneten konnten anschließend nicht erklären, was in dem Verfassungstext steht und welche Konsequenzen das hat. Sie verlassen sich darauf, daß einige Experten ihrer Partei – eine kleine Minderheit – ihnen den richtigen Rat geben, aber sie alle lassen sich sehr gut bezahlen. Die Parteien selbst sind das größte Übel! Sie können sich alles erlauben, weil sie allein die Kontroll-Organen kontrollieren!

Theoretisch können alle Probleme in den Wahlkämpfen offen diskutiert werden. Tatsächlich gibt es jedoch Tabu-Themen, die nach dem allgemeinen Konsens der etablierten Parteien nicht behandelt werden dürfen: die Ausländer-Frage, die deutsche Souveränität, die NATO, die Unverschämtheit der Eurokraten in Brüssel, die Rechtsansprüche der enteigneten Deutschen usw. Auch die meisten anderen Fragen, die nicht direkt tabu sind, werden nur oberflächlich und ggf. ausweichend beantwortet. Die Wahlkämpfe haben im allgemeinen ein Niveau, das eines Kulturvolkes unwürdig ist, z.B. „Wir wählen den politischen Frühling!“ Nach der Wahl werden manchmal andere Koalitionen gebildet als vorher versprochen – auch wenn die versprochene Koalition nach dem Wahl-Ergebnis möglich wäre. Das ist genauso zu bewerten wie der Verrat eines Rechtsanwalts an seinem Klienten! Die Abgeordneten sollen nach der herrschenden Ideologie völlig frei entscheiden dürfen, aber genau das widerspricht der „Herrschaft des Volkes“! Das Mandat ist – nicht nur zeitlich – begrenzt. Die Wähler haben keine Blanko-Vollmacht gegeben. Ein anderer schlimmer Mangel des Systems ist

die Möglichkeit, daß eine kleine Partei eine große erpressen kann, weil diese allein nicht die absolute Mehrheit hat.

Die Wahlkämpfe verschlingen enorm viel Zeit, Geld und Energie. Viele Politiker taktieren immer sehr vorsichtig, um ihre Wiederwahl nicht zu gefährden. Wenn alle großzügig Steuergeld verschwenden, ist niemand persönlich verantwortlich. Wenn jemand sich durch konstruktive Vorschläge bei den einflußreichen Leuten unbeliebt macht, kann das sein politisches Todesurteil sein. Im Laufe der Jahrzehnte haben die Politiker einen gigantischen Schuldenberg angehäuft. Dieser wird durch die künftigen Pensionen der Beamten noch vergrößert, denn für deren Bezahlung ist kein Fonds geschaffen worden! Die Betroffenen blockieren mit ihrer absoluten Mehrheit in allen Parlamenten eine konstruktive Lösung im Interesse des Gemeinwohls. Schädlich ist auch das Denken der Partei-Politiker in Wahl-Perioden. Sie vermeiden oder verzögern wichtige Entscheidungen, weil diese ihren potentiellen Wählern mißfallen könnten. Andererseits wollen sie jedoch auch eine öffentliche Diskussion verhindern, weil das Volk sonst zuviel Einfluß bekommen könnte. Den wollen die Partei-Politiker für sich selbst reservieren.

Die Parteien verhindern oder verfälschen die tatsächlich freie Wahl-Entscheidung der Bürger. Daher ist eine völlig andere Organisation der Wahlen notwendig. Schon auf der Gemeinde-Ebene blockieren die Parteien in den meisten Fällen eine freie Entfaltung der Bürger-Rechte. Daher sollten die Parteien abgeschafft werden! Die Abgeordneten des Bundestages sind weder eine Elite noch repräsentativ für das deutsche Volk. Dieses sollte den Bundestag nur aus (ehemaligen) Abgeordneten der verschiedenen Landtage wählen. Diese haben eine gewisse Erfahrung und sind in ihrem Bundesstaat bekannt. In einer demokratischen Verfassung sollte stehen: „Es gibt allgemeine, freie und geheime Wahlen und Volksabstimmungen. Einzelheiten werden durch besondere Gesetze geregelt.“

Das politische System der BRD ist sowohl unglaubwürdig als auch ineffizient. Es gibt viele Widersprüche! Der Staat überläßt viele seiner Aufgaben der Wirtschaft und wird trotzdem immer teurer. Enorme Geldbeträge werden auch internationalen Organisationen gegeben, die oft mehr schaden als nützen. In den letzten Jahren haben immer mehr angeblich „demokratische“ Politiker die Maske fallen gelassen. Wenn ehrliche Vertreter der Volks-Meinung etwas fordern, was Partei-Politikern mißfällt, sprechen diese mit einer zynischen Arroganz verächtlich von „populistischen Stammtisch-Parolen“! Wo soll sich das Volk über aktuelle und grundsätzliche politische Probleme unterhalten – wenn nicht am Stammtisch? Populistisch ist abgeleitet vom lateinischen „populus“ – das Volk.

Die „Demokratie“ ist die Herrschaft des Volkes – damit sind nicht irgendwelche Leute gemeint, die mehr oder minder zufällig zu einer bestimmten Zeit in einem bestimmten Land leben. Eingebürgerte Ausländer dürfen nicht sofort dieselben Rechte erhalten wie die Staatsbürger, deren Vorfahren schon seit Generationen, meistens seit Jahrhunderten in dem Land gelebt haben. Es gibt keine „Stunde Null“, in der alles einen neuen Anfang

hat. Auch nach jeder Revolution bleibt die Geschichte eines bestimmten Volkes in einem bestimmten Land die Basis für die Gegenwart und die Zukunft! Ein seriöses, qualifiziertes Urteil über die aktuellen politischen Probleme muß die „Tiefe des historischen Erfahrungsraums“ (Prof. Hahlweg) berücksichtigen. Die Monarchen und Staatsmänner des Mittelalters und der früheren Neuzeit haben sich auch intensiv mit der Geschichte des Altertums beschäftigt. Es hat immer Parallelen zu aktuellen Fragen gegeben. Die Dekadenz und die Korruption, die es heute in der BRD gibt, ist erschreckend – das Gegenteil des preußischen Ethos! Für alles gibt es schon in der Antike Beispiele. General de Gaulle hat von den „Aposteln des Niedergangs“ gesprochen („Les apôtres du déclin“). Diese triumphieren heute in der BRD. Das Bewußtsein kann sich ändern – in positiver oder in negativer Hinsicht. Das Bewußtsein und die Politik werden immer von einer kleinen Minderheit gestaltet (in jedem politischen System). Das Volk kann jedoch mobilisiert werden – wie z. B. 1813/14 in den Befreiungs-Kriegen. Das gilt natürlich nicht nur im militärischen Sinne.

Es ist unsinnig, eine „Solidar-Gemeinschaft der demokratischen Staaten“ zu fordern (reine Ideologie ohne Substanz)! Die Staats- und Regierungsform ist die innere Angelegenheit jedes einzelnen Staates. In der Außen-, Wirtschafts- und Militär-Politik zählen die vitalen Interessen der Staaten, der Regionen und des europäischen Kontinents (ohne die britischen Inseln und ohne die Türkei)!

Es wird immer betont, daß die BRD ein „demokratischer Rechtsstaat“ sei. Tatsächlich hat das eine mit den anderen nichts zu tun. Einerseits kann eine absolute Monarchie oder ein autoritäres Regime (nicht zu verwechseln mit einer totalitären Diktatur) mit einem perfekten Rechtsstaat verbunden sein, andererseits garantiert die demokratische Regierungsform keineswegs den Rechtsstaat. Die allgemeinen Regeln des Völkerrechts sind Bestandteil des Grundgesetzes. Danach darf eine Besatzungsmacht niemals öffentliches oder privates Eigentum enteignen! Im sogenannten „2+4-Vertrag“ von 1990 steht, daß die von 1945 – 49 in der sowjetischen Besatzungszone vorgenommenen Enteignungen nicht rückgängig gemacht werden dürften. Die Klagen der Betroffenen sind vom Bundesverfassungsgericht zurückgewiesen worden – mit der Begründung, die Sowjetunion habe das zu Bedingung für ihre Zustimmung zur Wiedervereinigung gemacht; diese wäre sonst gescheitert. Der ehemalige Präsident Gorbatschow hat mehrmals erklärt, daß die SU niemals etwas Derartiges gefordert habe! Warum hätte sie das auch tun sollen? Offensichtlich wollten sich gewisse Deutsche unter einem Vorwand an fremdem Eigentum bereichern.

Nach dem Grundgesetz sind Angriffs-Kriege verboten! Trotzdem hat sich die Bundeswehr an den Angriffs-Kriegen der NATO gegen Rest-Jugoslawien und Afghanistan beteiligt. Der Staat hat die Pflicht, die berechtigten Rentenansprüche der Deutschen zu garantieren. Bundeskanzler Helmut Kohl hat vielen Fremden, die niemals etwas in die deutsche Rentenkasse eingezahlt hatten, großzügig Renten geschenkt – auf Kosten der deutschen Rentner, deren eigene Renten dadurch gekürzt werden! Kohl wollte auf keinen Fall, daß die Renten der Fremden aus Steuergeld bezahlt werden. Sonst hätten

die Politiker, die Beamten und die Millionäre auch etwas zur Finanzierung der zusätzlichen Renten beitragen müssen.

Das Grundgesetz ist wahrscheinlich die einzige Verfassung der Weltgeschichte, in der es ein Recht auf Asyl gibt. Völlig fremde Leute aus der ganzen Welt können Asyl in der BRD beantragen und im Fall der Ablehnung klagen. Wegen der vielen Asylanten-Prozesse müssen die deutschen Bürger sehr lange warten, bis über ihre Rechts-Angelegenheiten entschieden wird! In ca. 95% der Fälle werden die Klagen der Asyl-Bewerber abgewiesen, weil sie nicht berechtigt sind. (Anmerkung: 2014 sollen nur noch 70% der Klagen abgewiesen werden.) Können Schildbürger eine schlimmere Rechts-Konstruktion erfinden?

Es wird oft vergessen, daß seit sehr langer Zeit das Widerstandsrecht des Volkes gegen eine willkürliche, ungerechte Regierung allgemein anerkannt ist. Die Politiker und die Parteien erhalten durch die Wahl keine Blanko-Vollmacht. Ein schlimmer Mangel des politischen Systems der BRD ist es, daß es tatsächlich keine Gewaltenteilung zwischen Legislative (gesetzgebender Gewalt), Exekutive (ausführender Gewalt) und Jurisdiktion (Rechtsprechung) gibt, obwohl sie theoretisch gefordert wird. In der Praxis wird immer alles mit Partei-Politik vermischt. Die höchsten Richterämter besetzen die Politiker sogar ganz schamlos nach Partei-Proporz, aber die „unparteiische Justiz“ soll gewährleistet sein! In Frankreich und anderen Staaten kann niemand gleichzeitig Minister und Abgeordneter sein, weil deren Aufgaben unvereinbar (incompatible) sind. Der Bundesrat hat nicht die Aufgabe, systematisch eine Mehrheit für oder gegen die Politik der Bundesregierung zu bilden, sondern die verschiedenen Interessen der einzelnen Bundesländer verantwortungsbewußt zu vertreten. Der heilige Augustinus (354 – 430) hat gesagt: „Remota iustitia quid sunt regna nisi magna latrocinia.“ (Was sind Staaten ohne Gerechtigkeit anderes als große Räuberbanden?)

Die Analyse der allgemeinen Entwicklung des öffentlichen Lebens in Deutschland seit 1945 zeigt immer wieder in allen Bereichen eine erschreckende Dekadenz, die Verachtung der Tradition und den zunehmenden Einfluß von Scharlatanen! Es gibt zwar viele bedeutende wissenschaftliche Leistungen, aber nicht das entsprechende Niveau der allgemeinen Kultur!

Die deutsche Frage ist am 3. Oktober 1990 keineswegs vollständig und endgültig entschieden worden. Eine neue Wende kann in den nächsten Jahren ebenso plötzlich kommen wie 1989/90. Wenn das deutsche Staats-Schiff gerettet werden soll, muß man den ideologischen Ballast der letzten Jahrzehnte mit kühnem Schwung über Bord werfen!

